Gesetzes- und Verordnungsblatt

der Evangelischen Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 31. Mai

1995

Inhalt

Seite

Verordnungen

Verordnung über den Inhalt und die Führung der Personalakten in der Evangelischen Landeskirche in Baden (Personalaktenverordnung/PA-VO)	77
Verordnung über die Vergütung für den Religionsunterricht	81
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 7 KVHG	81
Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 7 KVHG	82

Durchführungsbestimmungen

Durchführungsbestimmungen zur Personalaktenverordnung (DB/PA-VO)	84
Durchführungsbestimmungen über die Ermäßigung des Religionsunterrichtsdeputats (DB-ERU)	86

Bekanntmachungen

Mitglieder der Landessynode	87
Besetzung des Verwaltungsgerichtshofes	87
Theologiestudium: Gemeinsam starten im Theologischen Studienhaus Heidelberg	87
Praktisch-theologische Ausbildung	88
Aufnahme unter die Pfarrvikarinnen/Pfarrvikare der Evangelischen Landeskirche in Baden	88
Hebräischsprachkurs 1995	88
Errichtung einer landeskirchlichen Pfarrstelle für die Krankenhausseelsorge bei der Evangelischen Diakonissenanstalt Karlsruhe-Rüppurr	88
Abendmahl feiern mit Kindern	88
Predigttext für Sonntag, Kirchentagssonntag, 18. Juni 1995	91
Sammlung der Diakonie	91
Wort des Landesbischofs zur Opferwoche der Diakonie 1995	92

Stellenausschreibungen

.....	92
-------	----

Dienstnachrichten

.....	99
-------	----

Verordnungen

Verordnung über den Inhalt und die Führung der Personalakten in der Evangelischen Landeskirche in Baden (Personalaktenverordnung/PA-VO)

Vom 7. März 1995

Der Evangelische Oberkirchenrat erläßt aufgrund von § 127 Abs. 2 Nr. 11 der Grundordnung der Evangelischen Landeskirche in Baden folgende Verordnung:

Präambel

Personalführung und Personalplanung sind ohne Personalakten nicht denkbar. Die Personalakte genießt sowohl aus dienstlichem Interesse als auch im schutzwürdigen privaten Interesse der Mitarbeiterin und des Mitarbeiters einen besonderen Vertrauensschutz. Das Persönlichkeitsrecht und der Vertrauensschutz der Mitarbeiterin und des Mitarbeiters gebieten es, die Personalakte nur in zulässiger Weise zu verwerten. Deshalb erläßt der Evangelische Oberkirchenrat diese Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Auf die öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse und die privatrechtlichen Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Evangelischen Landeskirche in Baden, ihrer Kirchenbezirke, Kirchengemeinden, kirchlichen Stiftungen sowie ihrer Einrichtungen und Anstalten finden diese Personalaktenverordnung und die dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung entsprechend Anwendung.

§ 2

Personalaktenführung

(1) Über jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter ist eine Personalakte zu führen. Sie ist vertraulich zu behandeln und vor unbefugter Einsicht zu schützen.

(2) Zur Personalakte gehören alle Unterlagen einschließlich der in Dateien gespeicherten, die die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter betreffen, soweit sie mit ihrem/seinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang stehen (Personalaktendaten). Nicht Bestandteil der Personalakte sind Unterlagen, die besonderen, von der Person und dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sachlich zu trennenden Zwecken dienen, insbesondere Ausbildungs- und Prüfungsakten.

(3) Wird die Personalakte in Grundakte und Teilakten gegliedert, so ist in die Grundakte ein vollständiges Verzeichnis aller Teilakten aufzunehmen.

Wird die Personalakte nach sachlichen Gesichtspunkten in Grundakte und Teilakten gegliedert, können Teilakten bei der für den betreffenden Aufgabenbereich zuständigen Stelle geführt werden. Nebenakten (Unterlagen, die sich auch in der Grundakte oder in Teilakten befinden) dürfen nur geführt werden, wenn die personalverwaltende Stelle nicht zugleich Beschäftigungsstelle ist oder wenn mehrere personalverwaltende Stellen für die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter zuständig sind; sie dürfen nur solche Unterlagen enthalten, deren Kenntnis zur rechtmäßigen Aufgabenerledigung durch die betreffende Stelle erforderlich ist. Über Teil- und Nebenakten ist der die Grundakte führenden Stelle Mitteilung zu machen.

(4) Schriftliche Unterlagen, die im Zusammenhang mit seelsorgerlichen Vorgängen entstanden sind oder dem Seelsorger oder der Seelsorgerin anvertraut wurden, dürfen nicht in die Personalakte gelangen, wenn sie der seelsorgerlichen Schweigepflicht unterliegen.

(5) Zugang zur Personalakte dürfen nur Personen haben, die im Rahmen der Personalverwaltung mit der Bearbeitung von Personalangelegenheiten beauftragt sind, und nur soweit dies zu Zwecken der Personalverwaltung oder der Personalwirtschaft erforderlich ist; dies gilt auch für den Zugang im automatisierten Abrufverfahren. § 5 bleibt davon unberührt.

(6) Der Dienstherr darf personenbezogene Daten über Bewerber und Bewerberinnen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur erheben, soweit dies zur Begründung, Durchführung, Beendigung oder Abwicklung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses – insbesondere auch zu Zwecken der Personalabrechnung –, (Personalverwaltung) oder zur Durchführung organisatorischer, personeller und sozialer Maßnahmen, insbesondere auch zu Zwecken der Personalplanung und des Personaleinsatzes (Personalwirtschaft) erforderlich ist oder eine Rechts- oder Verwaltungsvorschrift dies erlaubt. Zentrale Fragebogen, mit denen solche personenbezogenen Daten erhoben werden, bedürfen der Genehmigung des Evangelischen Oberkirchenrats, soweit nicht in anderen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften abweichende Regelungen getroffen sind.

(7) Personalaktendaten dürfen nur für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft verwendet werden, es sei denn, die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter willigt in eine andere Verwendung ein oder der Schutz berechtigter, höherrangiger Interessen Dritter fordern die Auskunftserteilung zwingend. Inhalt und Empfänger der Auskunft sind der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter schriftlich mitzuteilen. Soweit im Personalaktenrecht nichts anderes bestimmt ist, richten sich Verarbeitung und Nutzung nach den Vorschriften des Kirchengesetzes über den Datenschutz.

(8) Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter ist zu Beschwerden, Behauptungen und Bemerkungen, die für sie/ihn ungünstig sind oder ihr/ihm nachteilig werden

können, vor deren Aufnahme in die Personalakte zu hören. Die Äußerung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters ist zur Personalakte zu nehmen. Anonyme Schreiben dürfen nicht in die Personalakte aufgenommen werden.

(9) Unterlagen über Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen sind, falls sie

1. sich als unbegründet oder falsch erweisen, mit Zustimmung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters unverzüglich aus der Personalakte zu entfernen und zu vernichten,
2. für die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter ungünstig sind oder ihr/ihm nachteilig werden können, auf Antrag der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters nach drei Jahren zu entfernen und zu vernichten; dies gilt nicht für dienstliche Beurteilungen.

Die Frist nach Satz 1 Nr. 2 wird durch erneute Sachverhalte im Sinne dieser Vorschrift oder durch die Einleitung eines Straf-, Disziplinar- oder Lehrbeanstandungsverfahrens unterbrochen. Stellt sich der erneute Vorwurf als unbegründet oder falsch heraus, gilt die Frist als nicht unterbrochen.

(10) Mitteilungen in Strafsachen, soweit sie nicht Bestandteil der Disziplinarakte sind, sowie Auskünfte aus dem Bundeszentralregister sind mit Zustimmung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters nach drei Jahren zu entfernen und zu vernichten. Abs. 9 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(11) Vorgänge und Eintragungen in der Personalakte über strafgerichtliche Verurteilungen und über andere Entscheidungen in Straf-, Bußgeld-, sonstigen Ermittlungsverfahren, die keinen Anlaß zu disziplinarrechtlichen Ermittlungen gegeben haben, dürfen spätestens nach zwei Jahren bei Personalmaßnahmen nicht mehr berücksichtigt werden.

§ 3 Beihilfeakten

Unterlagen über Beihilfen sind stets als Teilakte zu führen. Diese ist von der übrigen Personalakte getrennt aufzubewahren. Sie ist in einer von der übrigen Personalverwaltung getrennten Organisationseinheit zu bearbeiten; Zugang sollen nur Beschäftigte dieser Organisationseinheit haben.

Die Beihilfeakte darf für andere als für Beihilfzwecke nur verwendet oder weitergegeben werden, wenn der Beihilfeberechtigte / die Beihilfeberechtigte und der/die bei der Beihilfegewährung berücksichtigte Angehörige im Einzelfall einwilligen oder die Einleitung oder Durchführung eines im Zusammenhang mit einem Beihilfeantrag stehenden behördlichen oder gerichtlichen Verfahrens dies erfordert oder soweit es zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl, einer sonst un-

mittelbar drohenden Gefahr für die Wahrnehmung des kirchlichen Auftrages oder einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Rechte einer anderen Person erforderlich ist. Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Unterlagen über Heilverfahren.

§ 4 Sonstige Verwendung der Personalakten

(1) Ohne Einwilligung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters ist es zulässig, die Personalakte für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft des Evangelischen Oberkirchenrats oder einer im Rahmen der Dienstaufsicht weisungsbefugten Stelle vorzulegen. Das gleiche gilt für Stellen desselben Geschäftsbereichs, soweit die Vorlage zur Vorbereitung oder Durchführung einer Personalentscheidung notwendig ist, sowie für Stellen eines anderen Geschäftsbereichs desselben Dienstherren, soweit diese an einer Personalentscheidung mitzuwirken haben. Ärzten, die im Auftrag der personalverwaltenden Stelle ein medizinisches Gutachten erstellen, darf die Personalakte ebenfalls ohne Einwilligung vorgelegt werden. Für Auskünfte aus der Personalakte gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend. Soweit eine Auskunft ausreicht, ist von einer Vorlage abzusehen.

(2) Auf Antrag dürfen Auskünfte an Dritte nur mit Einwilligung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters erteilt werden, es sei denn, daß die Abwehr einer erheblichen Beeinträchtigung des Gemeinwohls oder der Schutz berechtigter, höherrangiger Interessen des Dritten die Auskunftserteilung zwingend erfordern. Der Antrag des Dritten ist zu begründen. Inhalt und Empfänger der Auskunft sind der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter schriftlich mitzuteilen.

(3) Vorlage und Auskunft sind auf den jeweils erforderlichen Umfang zu beschränken.

§ 5 Einsichts- und Auskunftsrecht

(1) Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter hat auch nach Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses ein Recht auf Einsicht in ihre/seine vollständige Personalakte. Satz 1 gilt auch für die beauftragten Angehörigen (Ehegatten, Kinder, Eltern). Die Beauftragung muß der gesetzlichen Schriftform entsprechen.

(2) Einem schriftlich Bevollmächtigten / einer schriftlich Bevollmächtigten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters ist Einsicht zu gewähren, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Dies gilt auch für Hinterbliebene, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird, und für deren Bevollmächtigte.

(3) Dem Recht auf Einsicht in die Personalakte steht das Recht auf Auskunft aus der Personalakte gleich.

(4) Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter hat ein Recht auf Einsicht auch in andere Akten, die personen-

bezogene Daten über sie/ihn enthalten und für ihr/sein Dienst- oder Arbeitsverhältnis verarbeitet oder genutzt werden, soweit gesetzlich nicht anderes bestimmt ist.

Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn die Daten der Betroffenen / des Betroffenen mit Daten Dritter oder nichtpersonenbezogenen Daten, deren Kenntnis die Wahrnehmung des kirchlichen Auftrages gefährden könnte, derart verbunden sind, daß ihre Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist. In diesem Fall ist der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter Auskunft zu erteilen.

(5) Die personalaktenführende Stelle bestimmt, wo die Einsicht gewährt wird. Soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, können Auszüge, Abschriften, Ablichtungen oder Ausdrucke gefertigt werden; der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter ist auf Verlangen ein Ausdruck der zu ihrer/seiner Person automatisch gespeicherten Personalaktendaten zu überlassen.

(6) Die Mitteilungen ärztlicher Befunde an die Untersuchte / an den Untersuchten ist Sache des Arztes. Auf Verlangen ist der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter der Inhalt der ärztlichen Zeugnisse und Gutachten zur Kenntnis zu geben.

§ 6

Automatisierte Datenverarbeitung

(1) Personalaktendaten dürfen in Dateien nur für Zwecke der Personalverwaltung oder der Personalwirtschaft verarbeitet und genutzt werden. Ihre Übermittlung ist nur nach Maßgabe des § 4 zulässig. Ein automatisierter Datenabruf durch andere Stellen ist unzulässig, soweit durch besondere Rechts- oder Verwaltungsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

(2) Personalaktendaten im Sinne des § 3 dürfen automatisiert nur im Rahmen ihrer Zweckbestimmung verarbeitet und genutzt werden.

(3) Von den Unterlagen über medizinische oder psychologische Untersuchungen und Tests dürfen im Rahmen der Personalverwaltung nur die Ergebnisse automatisiert verarbeitet und genutzt werden, soweit sie die Eignung betreffen und ihre Verarbeitung oder Nutzung dem Schutz der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters dient.

(4) Dienst- oder arbeitsrechtliche Entscheidungen dürfen nicht ausschließlich auf Informationen und Erkenntnisse gestützt werden, die unmittelbar durch automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten gewonnen werden.

§ 7

Aufbewahrungsfristen

(1) Personalakten sind nach ihrem Abschluß fünf Jahre aufzubewahren. Personalakten sind abgeschlossen,

1. wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter ohne Versorgungsansprüche aus dem Dienst ausge-

schieden ist, mit Ablauf des Jahres der Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres, in den Fällen der Entfernung aus dem Dienst nach dem Disziplinargesetz jedoch erst, wenn mögliche Versorgungsempfänger nicht mehr vorhanden sind,

2. wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter ohne versorgungsberechtigte Hinterbliebene verstorben ist, mit Ablauf des Todesjahres,
3. wenn nach der verstorbenen Mitarbeiterin oder dem verstorbenen Mitarbeiter versorgungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden sind, mit Ablauf des Jahres, in dem die letzte Versorgungsverpflichtung entfallen ist.

(2) Unterlagen über Beihilfen, Heilverfahren, Unterstützungen, Erholungsurlaub, Erkrankungen, Umzugs- und Reisekosten sind fünf Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung des einzelnen Vorgangs abgeschlossen wurde, aufzubewahren. Unterlagen, aus denen die Art einer Erkrankung ersichtlich ist, sind unverzüglich zurückzugeben oder zu vernichten, wenn sie für den Zweck, zu dem sie vorgelegt worden sind, nicht mehr benötigt werden.

(3) Versorgungsakten sind zehn Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die letzte Versorgungszahlung geleistet worden ist, aufzubewahren; besteht die Möglichkeit eines Wiederauflebens des Anspruchs, sind die Akten dreißig Jahre aufzubewahren.

(4) Personalakten werden in der Regel nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet.

§ 8

Schluß- und Übergangsbestimmung

(1) Die Aufgliederung der Personalakte in Grund- und Teilakten findet Anwendung für nach Inkrafttreten dieser Verordnung anzulegende Personalakten.

(2) Die Vernichtung und Entfernung von Unterlagen, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung länger als drei Jahre in der Personalakte befinden, erfolgt nicht.

(3) Im übrigen finden die einschlägigen staatlichen und tarifrechtlichen Bestimmungen Anwendung.

(4) Der Evangelische Oberkirchenrat kann Durchführungsbestimmungen erlassen.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1995 in Kraft.

Karlsruhe, den 7. März 1995

Evangelischer Oberkirchenrat

Dr. Fischer
(Oberkirchenrat)

**Verordnung
über die Vergütung für den Religionsunterricht**

Vom 16. März 1995

Der Landeskirchenrat erläßt entsprechend dem § 2 Abs. 1 Satz 1 des kirchlichen Gesetzes über die Vergütung des Religionsunterrichts vom 27. November 1959 (GVBl. S. 98), zuletzt geändert durch kirchlichen Gesetz vom 28. Oktober 1971 (GVBl. S. 187), folgende Verordnung:

§ 1

Die Sätze für die Überstundenvergütung im Religionsunterricht betragen:

- a) für Religionsstunden an Grund- und Hauptschulen 63,00 DM
- b) für Religionsstunden an Real- und Sonderschulen 74,00 DM
- c) Gymnasien+Berufl. Schulen (höh. D.) 95,00 DM
- d) Gymnasien+Berufl. Schulen (andere) 74,00 DM

im Monat für die Wochenstunde.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 1995 in Kraft. Gleichzeitig tritt die 8. Verordnung über die Vergütung für den Religionsunterricht vom 20. Oktober 1981 (GVBl. 1982 S. 7) außer Kraft.

Karlsruhe, den 16. März 1995.

Der Landeskirchenrat

Dr. Klaus Engelhardt
(Landesbischof)

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die
allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 7 KVHG**

Vom 21. März 1995

Der Evangelische Oberkirchenrat erläßt aufgrund von § 94 des kirchlichen Gesetzes über die Vermögensverwaltung und Haushaltswirtschaft in der Evangelischen Landeskirche in Baden - KVHG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Dezember 1991 (GVBl. S. 161) folgende Verordnung:

Artikel 1

Die Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 7 KVHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1993 (GVBl. S. 109), geändert durch Verordnung vom 29. März 1994 (GVBl. S. 41), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Rechnungsführung“ die Worte „oder zur Abwicklung der Personalfälle“ und nach dem Wort „sowie“ die Worte „Diakonie-/Sozialstation und“ eingefügt; anstelle des Wortes „Verwaltungsfachkraft“ werden die Worte „Verwaltungsfachkraft (Verwaltungsleiter, Geschäftsführer)“ eingefügt.
2. In § 1 Abs. 1 Nr. 5 entfallen in der Klammer nach den Worten „sowie Anlage 1b BAT“ die Worte „Abschnitt B“.
3. § 1 Abs. 1 Nr. 7 erhält folgende Fassung:
„7. hauptberuflichen Mitarbeitern, die nach Maßgabe der Arbeitsrechtsregelung für hauptberufliche Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis (AR-HAng) unter den BAT (Anlage 1a oder den kirchlichen Vergütungsgruppenplan, ausgenommen hauptberufliche Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker in A- und B-Stellen) fallen, bis einschließlich Vergütungsgruppe Vb und“
4. in § 1 Abs. 1 Nr. 8 wird das Wort „sowie“ angefügt.
5. Es wird folgende neue Nummer 9 angefügt:
„9. für Höhergruppierungen von hauptberuflichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern im Rahmen eines Bewährungsaufstiegs nach § 23a BAT oder Fallgruppenaufstiegs nach § 23b BAT.“
6. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß
 1. die Einstellung von Mitarbeitern im Sinne von § 1 Nr. 1 bis 7 im Rahmen des vom Evangelischen Oberkirchenrats genehmigten Stellenplans erfolgt; bei Vorpraktikanten sowie bei Aushilfs- und Vertretungskräften genügt es, wenn die Finanzierung durch Eigenmittel sichergestellt ist,
 2. bei Mitarbeitern in der Verwaltung (Anlage 1a Teil I BAT) sowie bei Mitarbeitern, die unter den Einzelgruppenplan 06 oder 61b des kirchlichen Vergütungsgruppenplans fallen, eine vom Evangelischen Oberkirchenrat genehmigte Stellenbewertung vorausgegangen ist,
 3. die Eingruppierung nach der Vergütungsordnung des BAT (Anlage 1 a oder Anlage 1b) bzw. des kirchlichen Vergütungsgruppenplans und für die unter Absatz 2 Nr. 2 aufgeführten Mitarbeitergruppen im Rahmen der Stellenbewertung erfolgt,
 4. in Fällen, in denen von der Anstellungsvoraussetzung der Kirchenmitgliedschaft nach § 4 der Rahmenordnung vom 1. Mai 1984 (GVBl. S. 91), geändert durch kirchliches Gesetz vom 21. Oktober 1994 (GVBl. S. 176), abgewichen werden soll, vor der Entscheidung über die An-

stellung die Einwilligung des Evangelischen Oberkirchenrates eingeholt wurde; dies gilt nicht für Fälle, in denen der Evangelische Oberkirchenrat die nach § 5 der Rahmenordnung erforderliche Zustimmung allgemein erteilt hat,

5. es sich bei dem Bewerber nicht um Angehörige des Gemeindepfarrers oder bei hauptberuflicher Anstellung nicht um ein Mitglied des Kirchengemeinderates/Ältestenkreises handelt,
6. in den Fällen des Absatzes 3 das Diakonische Werk als fachaufsichtführende Stelle zugestimmt hat."

Soweit die Einstellung allgemein genehmigt ist, ist eine Mehrfertigung des mit dem Mitarbeiter abgeschlossenen Arbeitsvertrages zusammen mit der Bezügeanweisung sowie einem ausgefüllten Personalbogen der Zentralen Gehaltsabrechnungsstelle beim Evangelischen Oberkirchenrat vorzulegen.

7. § 1 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) In Bereichen, in denen das Diakonische Werk die Fachaufsicht ausübt (Kindertagesstätten, ambulante Hilfen -Sozial-/Diakoniestation/Nachbarschaftshilfe- sowie im Bereich der auf Orts- oder Bezirksebene eingerichteten Diakonischen Werke), ist vor der Einstellung von Mitarbeitern – mit Ausnahme von Vorpraktikanten im Bereich der Kindertagesstätten – sowie vor der Übertragung einer Funktionsstelle (Leitung einer Kindertagesstätte, Pflegedienstleitung oder ständige Vertreterin der Pflegedienstleitung) die Stellungnahme des Diakonischen Werkes einzuholen; dasselbe gilt im Bereich der stationären Altenhilfe vor der Besetzung von Stellen von Leitungskräften (Heimleitung, Pflegedienstleitung).

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1995 in Kraft.

Karlsruhe, den 21. März 1995

Evangelischer Oberkirchenrat

Im Auftrag

Thielmann

(Kirchenoberrechtsdirektor)

Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 7 KVHG

Nachstehend wird der Wortlaut der Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 7 KVHG vom 1. September 1993 (GVBl. S. 109) unter Berücksichtigung der Änderungsverordnungen vom 29. März 1994

(GVBl. S. 41) und vom 21. März 1995 (GVBl. S. 81) in der ab 1. Juni 1995 geltenden Fassung bekanntgemacht.

Karlsruhe, den 21. März 1995

Evangelischer Oberkirchenrat

Im Auftrag

Thielmann

(Kirchenoberrechtsdirektor)

Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 7 KVHG

in der Fassung vom 1. Juni 1995

§ 1

Angelegenheiten nach § 7 Abs. 2 Buchst. g KVHG

(1) Kirchengemeinden und Kirchenbezirke sowie sonstige nach § 7 Abs. 1 KVHG der Aufsicht des Evangelischen Oberkirchenrates unterliegende Rechtsträger, die ein eigenes Verwaltungsamt (Kirchengemeindeamt, Rechnungsamt) unterhalten oder einem solchen mit der gesamten Kassen- und Rechnungsführung oder zur Abwicklung der Personalstelle angeschlossen sind sowie Diakonie-/Sozialstationen und kirchliche Stiftungen, die eine Verwaltungsfachkraft (Verwaltungsleiter, Geschäftsführer) beschäftigen, erhalten im voraus die allgemeine Genehmigung für die Einstellung und Eingruppierung von

1. nebenberufliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern im Sinne der Arbeitsrechtsregelung für nebenberufliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter (AR-N)
2. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nach Maßgabe der Arbeitsrechtsregelung für Arbeiter (AR-Arb) unter den MTL II fallen,
3. Vor- und Berufspraktikantinnen/-praktikanten in Kindertagesstätten sowie im Pflegebereich einschließlich von Schülerinnen/Schülern der Altenpflege,
4. Fachkräften (Kinderpflegerinnen/Erzieherinnen/Sozialpädagoginnen) in Kindertagesstätten (Krippen, Kindergärten, Horten, Kinderbetreuungsstuben, Kinderhäuser und Tageseinrichtungen der örtlichen Kindererholungsfürsorge); hiervon ausgenommen bleibt die Übertragung der Funktion einer ständigen Vertreterin der Kindergartenleiterin,
5. Pflegepersonal in der Gemeindekrankenpflege sowie in Alten- und Pflegeheimen (Einzelgruppenplan 20a und 54 sowie Anlage 1b BAT),
6. Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen in nicht herausgehobener Tätigkeit,

7. hauptberuflichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, die nach Maßgabe der Arbeitsrechtsregelung für hauptberufliche Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis (AR-HAng) unter den BAT (Anlage 1a oder den kirchlichen Vergütungsgruppenplan ausgenommen hauptberufliche Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker in A- und B-Stellen) fallen, bis einschließlich Vergütungsgruppe Vb,
8. Aushilfs- und Vertretungskräften sowie
9. für Höhergruppierungen von hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen eines Bewährungsaufstiegs nach § 23a BAT oder Fallgruppenaufstiegs nach § 23b BAT

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß

1. die Einstellung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern im Sinne von § 1 Nr. 1 bis 7 im Rahmen des vom Evangelischen Oberkirchenrats genehmigten Stellenplans erfolgt; bei Vorpraktikanten sowie bei Aushilfs- und Vertretungskräften genügt es, wenn die Finanzierung durch Eigenmittel sichergestellt ist,
2. bei Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern in der Verwaltung (Anlage 1a Teil I BAT) sowie bei Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, die unter den Einzelgruppenplan 06 oder 61b des kirchlichen Vergütungsgruppenplans fallen, eine vom Evangelischen Oberkirchenrat genehmigte Stellenbewertung vorausgegangen ist,
3. die Eingruppierung nach der Vergütungsordnung des BAT (Anlage 1a oder Anlage 1b) bzw. des kirchlichen Vergütungsgruppenplans und für die unter Absatz 2 Nr. 2 aufgeführten Mitarbeitergruppen im Rahmen der Stellenbewertung erfolgt,
4. in Fällen, in denen von der Anstellungsvoraussetzung der Kirchenmitgliedschaft nach § 4 der Rahmenordnung vom 1. Mai 1984 (GVBl. S. 91), geändert durch kirchliches Gesetz vom 21. Oktober 1994 (GVBl. S. 176), abgewichen werden soll, vor der Entscheidung über die Anstellung die Einwilligung des Evangelischen Oberkirchenrates eingeholt wurde; dies gilt nicht für Fälle, in denen der Evangelische Oberkirchenrat die nach § 5 der Rahmenordnung erforderliche Zustimmung allgemein erteilt hat,
5. es sich bei der Bewerberin / dem Bewerber nicht um Angehörige der Gemeindepfarrerin / des Gemeindepfarrers oder bei hauptberuflicher Anstellung nicht um ein Mitglied des Kirchengemeinderats/ Ältestenkreis handelt,
6. in den Fällen des Absatzes 3 das Diakonische als fachaufsichtführende Stelle zugestimmt hat.

Soweit die Einstellung allgemein genehmigt ist, ist eine Mehrfertigung des mit der Mitarbeiterin / dem Mit-

arbeiter abgeschlossenen Arbeitsvertrages zusammen mit der Bezügeanweisung sowie einem ausgefüllten Personalbogen der Zentralen Gehaltsabrechnungsstelle beim Evangelischen Oberkirchenrat vorzulegen.

(3) In Bereichen, in denen das Diakonische Werk die Fachaufsicht ausübt (Kindertagesstätten, ambulante Hilfen - Sozial-/Diakoniestation/Nachbarschaftshilfe sowie im Bereich der auf Orts- oder Bezirksebene eingerichteten Diakonischen Werke), ist vor der Einstellung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern - mit Ausnahme von Vorpraktikanten im Bereich der Kindertagesstätten sowie vor der Übertragung einer Funktionsstelle (Leitung einer Kindertagesstätte, Pflegedienstleitung oder ständige Vertreterin der Pflegedienstleitung) die Stellungnahme des Diakonischen Werkes einzuholen; dasselbe gilt im Bereich der stationären Altenhilfe vor der Besetzung von Stellen von Leitungskräften (Heimleitung, Pflegedienstleitung).

§ 2

Andere Angelegenheiten

Für die Evangelische Kirchengemeinden Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim wird darüber hinaus die allgemeine Genehmigung für folgende Angelegenheiten erteilt:

1. Bewilligung oder Löschung von Hypotheken, Grund- und Rentenschulden (§ 7 Abs. 2 Buchst. a KVHG),
2. Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge (§ 7 Abs. 2 Buchst. c KVHG),
3. Ausschlagung von Vermächtnissen und Erbschaften (§ 7 Abs. 2 Buchst. d KVHG),
4. die Mitgliedschaft in einem eingetragenen Verein (§ 7 Abs. 2 Buchst. I KVHG),
5. Klageerhebung sowie die Beendigung von Rechtsstreiten durch Vergleich, Anerkenntnis, Erledigungserklärung oder Klagerücknahme in der ersten Instanz (§ 7 Abs. 3 Buchst. b KVHG).

§ 3

Kirchliche Zusatzversorgungskasse

(1) Der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Baden, kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts, wird im voraus die allgemeine Genehmigung für folgende Angelegenheiten erteilt:

1. Erwerb, Belastung, Veräußerung und Aufgabe von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie Belastung, Inhaltsänderung, Veräußerung und Aufgabe von Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Verpflichtung hierzu,
2. Miet- und Pachtverträge sowie sonstige Nutzungsverträge über Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte,

3. unentgeltliche Veräußerung von Gegenständen,
4. Einstellung, Höher- und Herabgruppierung sowie außerordentliche Kündigung von Angestellten bis einschließlich Vergütungsgruppe V c und Arbeitern,
5. die Mitgliedschaft in einem Verein oder in einer juristischen Person, der Erwerb und die Veräußerung von Aktien, von Geschäftsanteilen an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder von sonstigen Gesellschaftsrechten an einer Kapital- oder Personengesellschaft,
6. Maßnahmen, die überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben verursachen oder künftige Haushalte belasten werden,
7. Klageerhebung sowie die Beendigung von Rechtsstreiten durch Vergleich, Anerkenntnis, Erledigungserklärung oder Klagerücknahme.

(2) § 9 des kirchlichen Gesetzes über die kirchlichen Stiftungen im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden (KStiftG) bleibt unberührt.

§ 4

Inkrafttreten

Nicht abgedruckt

Durchführungsbestimmungen

Durchführungsbestimmungen zur Personalaktenverordnung (DB/PA-VO)

Vom 7. März 1995

Der Evangelische Oberkirchenrat erläßt aufgrund von § 8 Abs. 4 der Personalaktenverordnung vom 7. März 1995 folgende Durchführungsbestimmung:

I.

1. Inhalt der Personalakte

- 1.1 Vorgänge, die ihrem Inhalt nach die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter in dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis betreffen, müssen in die Personalakte.

Vorgänge, die die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter persönlich betreffen und bei der Dienststelle entstanden oder ihr zugegangen sind, können zu der Personalakte genommen werden.

- 1.2 Von Vorgängen, die sich auf mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beziehen, sind Auszüge zu der jeweiligen Personalakte zu nehmen.
- 1.3 Die Personalgrund-, teil- und -nebenakten sind chronologisch zu ordnen. Die Personalgrundakte ist zusätzlich blattweise zu nummerieren.

2. Personalgrundakte

- 2.1 Zu der Personalgrundakte gehören insbesondere Vorgänge über:

- a) Lebenslauf und Bewerbungsschreiben, Personalausweisurkunden und Staatsangehörigkeitsnachweise,
- b) polizeiliche Führungszeugnisse und pfarramtliche Zeugnisse,
- c) Vor-, Aus- und Fortbildung einschließlich der Prüfungs- und Abschlußzeugnisse, Diplome und zusätzliche Qualifikationen, soweit diese nicht in der Ausbildungs- und Prüfungsakte geführt sind,
- d) frühere berufliche Tätigkeiten,
- e) abgeleisteten Wehr- und Zivildienst, über Arbeits- und Kriegsdienst sowie ähnliche Dienstverhältnisse,
- f) Gesundheitszeugnisse und ärztliche Gutachten,
- g) Mutterschutz und Erziehungsurlaub,
- h) Anerkennungsbescheide als Schwerbehinderter,
- i) Begründung, Änderung und Beendigung von Dienst- oder Arbeitsverhältnissen, Höhergruppierung und Bewährungsaufstieg, Beförderung,
- j) Ordination, Amtseinführungen, Gelöbnis und Verpflichtung,
- k) Ernennungen, Berufungen, Abordnungen, Versetzungen, Dienstaufträge, Beurlaubungen und Freistellungen,
- l) Sonderaufgaben, Nebenbeschäftigungen und ehrenamtliche Tätigkeiten,
- m) persönliche Bescheide,
- n) dienstliche Beurteilungen, Dienstzeugnisse
- o) Ehrungen,
- p) Glückwunschschriften.

- 2.2 Der Personalgrundakte ist ein ständig zu aktualisierender Personalbogen vorzuheften.

- 2.3 Gesundheitszeugnisse, ärztliche Gutachten sowie Nachweise über die Schwerbehinderteneigenschaft sind in einem zusätzlich versiegelten Umschlag aufzubewahren.

3. Personalteilakte

- 3.1 Eine gemeinsame Personalteilakte ist anzulegen insbesondere für folgende Vorgänge:

- a) Urlaub und Sonderurlaub (z. B. Kur),

- b) Dienstbefreiung,
 - c) Vertretungsregelung,
 - d) Krank- und Gesundheitsmeldung,
 - e) Verpflichtungserklärung auf den Datenschutz,
 - f) Dienstjubiläum,
 - g) Umzug.
- 3.2 Jeweils gesondert sind bei Bedarf Personalteilakten anzulegen und von den übrigen Personalakten getrennt aufzubewahren; insbesondere für Vorgänge über:
- a) Beihilfen,
 - b) Besoldung bzw. Vergütung,
 - c) Darlehen
 - d) Versorgung bzw. Renten,
 - e) Dienstaufsichtliche Maßnahmen, Ermittlungsverfahren, Disziplinarverfahren, Lehrbeanstandungsverfahren, Strafverfahren und Bußgeldverfahren.

4. Personalnebenakte

- 4.1 Bei zentraler Anstellung und dezentralem Einsatz kann bei anderen Dienststellen eine Personalnebenakte geführt werden, in die nur solche Vorgänge aufgenommen werden dürfen, die auch in der Personalgrund- oder Personalteilakte enthalten sind oder über welche die Dienststelle selbst entscheidet bzw. diese betreffen.
- 4.2 Die Personalnebenakte ist bei einer Versetzung vollständig an die neue Dienststelle abzugeben.

5. Beschwerden, Behauptungen und Bemerkungen

- 5.1 Beschwerden, Behauptungen und Bemerkungen, die sich im Zusammenhang mit einer dienstlichen Tätigkeit der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters ausschließlich gegen das persönliche Verhalten richten, sind zu der Personalgrundakte zu nehmen, sofern keine Personalteilakte angelegt worden ist.
- 5.2 Beschwerden, Behauptungen und Bemerkungen, die sich sowohl gegen eine sachliche Entscheidung als auch das persönliche Verhalten einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters richten, sind zu den Sachakten zu nehmen. Gleiches gilt für Beschwerden gegen sachliche Entscheidungen. Sachakten sind alle Akten, die keine Personalakten sind.
- 5.3 Beschwerden, Behauptungen und Bemerkungen über das außerdienstliche Verhalten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters, die zu Vorermittlungen geführt haben, sind, sofern keine Personalteilakte angelegt ist, zu der Personalgrundakte zu nehmen.

- 5.4 Ob Vorgänge, die für die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter ungünstig sind oder nachteilig werden können, in die Personalakte aufgenommen werden, entscheidet die Dienststellenleitung im Benehmen mit dem direkten Dienstvorgesetzten.
- 5.5 Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter ist zu Beschwerden, Behauptungen und Bemerkungen, die für sie/ihn ungünstig sind oder ihr/ihm nachteilig werden können, vor deren Aufnahme in die Personalakte zu hören. Die Äußerung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters ist zur Personalakte zu nehmen. Anonyme Schreiben dürfen nicht in die Personalakte aufgenommen werden.
- 5.6 Wenn Vorgänge unter Verletzung des zustehenden Rechts auf Anhörung zu der Personalakte genommen wurden, hat die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter Anspruch auf Nachholung der Anhörung. Sollte eine Anhörung nicht mehr nachholbar sein, so sind die Vorgänge zu entfernen und zu vernichten, falls die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter nicht widerspricht.

6. Entfernung, Vernichtung und Unkenntlichmachung von Vorgängen

- 6.1 Vorgänge, die unzulässigerweise in die Personalakte gelangt sind und der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter nachteilig werden können, sind zu entfernen und zu vernichten, falls die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter nicht widerspricht. Untrennbare Bestandteile, die nicht den Akten entnommen werden können, müssen in geeigneter Weise unkenntlich gemacht werden.
- 6.2 Widerspricht die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter der Entfernung und Vernichtung oder Unkenntlichmachung von Vorgängen, so ist für die entsprechenden Aktenteile ein Vermerk zur Klarstellung oder Berichtigung in die Personalakte aufzunehmen.

7. Überlassung, Abgabe und Verbleib der Personalakte

- 7.1 Es ist in jedem Einzelfall der Überlassung und Abgabe der Personalakte zu prüfen, ob und inwieweit die personalaktenführende Stelle zur Überlassung der Personalakte verpflichtet und berechtigt ist.

Bei Überlassung oder Abgabe der Personalakte ist die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter hiervon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

- 7.2 In jedem Fall ist zu prüfen, ob statt der Überlassung der vollständigen Personalakte nicht die Erteilung einer Auskunft oder die Überlassung einzelner Abschriften oder Ablichtungen ausreicht.
- 7.3 Abgeschlossene Personalakten verbleiben während der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist bei der aktenführenden Stelle. Die Personalteilakte (Nummer 3.2) und Personalnebenakte (Nummer 4) ist zu der Personalgrundakte zu nehmen.

Die Personalteilakte (Nummer 3.1) kann dem Mitarbeiter oder der Mitarbeiterin nach der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist mitgegeben bzw. vernichtet werden.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Personalakte auch bei bzw. nach Archivierung und nach dem Tode der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters vertraulich behandelt wird.

II.

1. Diese Durchführungsbestimmungen treten am 1. Mai 1995 in Kraft.
2. Nummer 1.3 Satz 2 findet Anwendung für nach Inkrafttreten dieser Durchführungsbestimmung anzulegende Personalgrundakten.
3. Personalteilakten (Nummer 3.1) sind bei neu anzulegenden Personalgrundakten nach Inkrafttreten dieser Durchführungsbestimmung einzuführen.

Karlsruhe, den 7. März 1995

Evangelischer Oberkirchenrat

Dr. Fischer
(Oberkirchenrat)

Durchführungsbestimmungen über die Ermäßigung des Religionsunterrichtsdeputats (DB-ERU)

Vom 14. März 1995

I.

Der Evangelische Oberkirchenrat erläßt aufgrund von § 1 Abs. 4 des kirchlichen Gesetzes über die Vergütung für den Religionsunterricht vom 27. November 1959 (GVBl. S. 98), zuletzt geändert durch kirchliches Gesetz vom 28. Oktober 1971 (GVBl. S. 187), folgende Durchführungsbestimmungen:

1. Das Regeldeputat bei Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrern, Gemeindediakoninnen und Gemeindediakonen, Pfarrdiakoninnen und Pfarrdiakonen reduziert sich auf Antrag beim Schuldekan bzw. Schuldekanin zu Beginn des Schuljahres, in dem das 55. Lebensjahr vollendet wird, um 2 Wochenstunden, bei Teilzeitbeschäftigten von 50 bis 80 Prozent um 1 Wochenstunde.
Ein Regeldeputat von 2 Wochenstunden kann nur mit vorheriger Genehmigung durch den Evangelischen Oberkirchenrat unterschritten werden.
2. Für die Ermäßigung wird der in § 1 Abs. 1 des Kirchlichen Gesetzes über die Vergütung für den Religionsunterricht genannte Umfang zugrunde gelegt.

3. Als Überstunden können grundsätzlich nur Stunden vergütet werden, die den ursprünglichen Umfang gemäß § 1 Abs. 1 des Kirchlichen Gesetzes über die Vergütung für den Religionsunterricht überschreiten.

Es werden höchstens vier zusätzlich erteilte Wochenstunden vergütet.

4. Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrern, Gemeindediakoninnen und Gemeindediakonen, Pfarrdiakoninnen und Pfarrdiakonen wird auf Antrag das Regeldeputat zu Beginn des Schuljahres erlassen, in dem das 63. Lebensjahr vollendet wird. Der Antrag ist vor Beginn des Schuljahres, spätestens zum 1. April auf dem Dienstwege beim Evangelischen Oberkirchenrat einzureichen.

Eine Vergütung für weiterhin erteilten Religionsunterricht ist grundsätzlich nicht möglich.

5. Die Wochenarbeitszeit nach BAT bleibt unberührt.
6. Der Evangelische Oberkirchenrat kann auf Antrag das Regeldeputat Religionsunterricht einer Gemeindepfarrerin, eines Gemeindepfarrers, einer Pfarrdiakonin, eines Pfarrdiakons um 2 Wochenstunden reduzieren, wenn zur Pfarrgemeinde zwischen 3.000 und 3.999 Gemeindeglieder gehören und kein weiterer hauptamtlicher Mitarbeiter und keine weitere hauptamtliche Mitarbeiterin (Pfarrvikarin, Pfarrvikar, Gemeindediakonin, Gemeindediakon) in der Gemeinde tätig ist.
7. Der Evangelische Oberkirchenrat kann auf Antrag Deputatsermäßigungen wegen nachweisbarer gesundheitlicher Beeinträchtigungen festlegen. Der Antrag ist grundsätzlich vor Beginn des Schuljahres, spätestens bis zum 1. April auf dem Dienstweg beim Evangelischen Oberkirchenrat einzureichen.

8. Der Evangelische Oberkirchenrat weist jedem Kirchenbezirk jeweils für ein Schuljahr Kontingente an Religionsunterrichtswochenstunden zu, aus denen die Schuldekanin oder der Schuldekan im Einvernehmen mit der Dekanin oder dem Dekan Ermäßigungen vom Regeldeputat an Gemeindepfarrerinnen, Gemeindepfarrer, Gemeindediakoninnen, Gemeindediakone, Pfarrdiakoninnen, Pfarrdiakone vergeben kann. Der Evangelische Oberkirchenrat ist entsprechend zu informieren.

Religionsunterricht, der über das Regelstundenmaß hinaus erteilt wird, wird zusätzlich in das Kontingent der Verfügungsstunden eingebracht.

9. Die Schuldekanin oder der Schuldekan kann im Einvernehmen mit der Dekanin oder dem Dekan und den Betroffenen eine jeweils auf ein Schuljahr befristete Umschichtung von Regeldeputaten benachbarter Pfarrstellen vornehmen. Die Summe der

Regeldeputate muß dabei erhalten bleiben. Der Evangelische Oberkirchenrat ist entsprechend zu informieren.

Die Umschichtung kann auch Gemeindediakoninnen, Gemeindediakone und Pfarrvikarinnen, Pfarrvikare einschließen. Wenn Gemeindediakoninnen, Gemeindediakone einbezogen werden, ist deren Dienstplan im Rahmen der geltenden Bestimmungen zu ändern.

10.1 In den ersten beiden Dienstjahren können auf Antrag für die Dauer eines Schuljahres zwei Wochenstunden Hospitation auf das Regelstundendeputat angerechnet werden. Eine Wiederholung ist nach frühestens sieben Jahren möglich.

10.2 Für die regelmäßige Teilnahme an besonders ausgewiesenen regionalen religionspädagogischen Fortbildungsangeboten im Kirchenbezirk können zwei Wochenstunden auf das Regeldeputat angerechnet werden.

10.3 Für die Dauer eines Schuljahres kann auf Antrag das Regeldeputat zur Teilnahme an einer intensiven religionspädagogischen Fortbildung auf zwei Wochenstunden reduziert werden. Der Antrag kann erstmals sieben Jahre nach Dienstantritt oder nach Ablauf von weiteren sieben Jahren gestellt werden.

Dem Antrag ist eine Grobplanung der religionspädagogischen Fortbildung in Kursen des Religionspädagogischen Institutes oder anderer vergleichbarer Einrichtungen und insbesondere der individuellen religionspädagogischen Hospitation und Supervision unter fachkundiger Begleitung beizufügen.

Der Antrag ist bis zum 1. Mai vor Beginn des Schuljahres beim Schuldekan bzw. Schuldekanin einzureichen. Dieser/diese leitet den Antrag zur Genehmigung an den Evangelischen Oberkirchenrat weiter.

10.4 Für die Genehmigung in Nummer 10.1 und 10.2 und die Organisation in Nummer 10.1-3 ist der Schuldekan bzw. die Schuldekanin zuständig.

II.

Diese Durchführungsbestimmungen treten zum Schuljahr 1995/96 in Kraft. Gleichzeitig treten die Durchführungsbestimmungen des Evangelischen Oberkirchenrats vom 21. März 1989 (GVBl. S. 102) außer Kraft.

Karlsruhe, den 3. April 1995

Evangelischer Oberkirchenrat

Im Auftrag

Dörenbecher

(Kirchenrechtsdirektorin)

Bekanntmachungen

OKR 2.5.1995 Mitglieder der Landessynode
AZ 14/41

Die Bezirkssynode des Kirchenbezirks Kehl hat Pfarrerin Ulla Eichorn, Rheinau-Rheinbischofsheim (als Nachfolgerin der ausgeschiedenen Synodalen Arnold), zum Mitglied in die Landessynode gewählt.

Die Bezirkssynode des Kirchenbezirks Schopheim hat Pfarrer Dr. Michael Hoffmann, Schopfheim (als Nachfolger des ausgeschiedenen Synodalen Dr. Nestle), zum Mitglied in die Landessynode gewählt.

Die Bezirkssynode des Kirchenbezirks Emmendingen hat Pfarrer i.R. Gerhard Jung (nach seinem Ausscheiden) zum Mitglied in die Landessynode wiedergewählt.

Die Bezirkssynode des Kirchenbezirks Müllheim hat Pfarrer Rolf Langendörfer, Badenweiler (als Nachfolger des ausgeschiedenen Synodalen Wöhrle), zum Mitglied in die Landessynode gewählt.

Die Bezirkssynode des Kirchenbezirks Neckargemünd hat Forstoberinspektor Hans-Peter Nelius, Eberbach-Brombach (als Nachfolger des ausgeschiedenen Synodalen Griesinger), zum Mitglied in die Landessynode gewählt.

OKR 26.4.1995 Besetzung des Verwaltungsgeschichtshofes der EKU
AZ 15/28

Der Landeskirchenrat hat in seiner Sitzung vom 25. April 1994 für die bis zum 30. Juni 2002 laufende Amtsperiode zu Mitgliedern des Verwaltungsgeschichtshofes der EKU zur Mitwirkung bei Verfahren aus dem Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden berufen:

1. zum 3. Beisitzer, ordentliches Mitglied:
Pfarrer Hendrick Stössel, Emmendingen,
2. zur 2. Stellvertreterin des 3. Beisitzers:
Pfarrerin Religionslehrerin Gisela Konstandin, Karlsruhe.

OKR 4.5.1995 Theologiestudium: Gemeinsam starten im Theologischen Studienhaus Heidelberg
AZ 22/1143

Neues Angebot für Theologiestudent(inn)en aus der badischen Landeskirche.

Die Evangelische Landeskirche in Baden hält für Anfänger im Theologiestudium (1. - 3. Semester) zum WS 1995/96 im Theologischen Studienhaus in Heidelberg ein neues Angebot bereit.

Intensiv begleitet werden sollen die Theologiestudenten aus der badischen Landeskirche vor allem am Studienbeginn.

Es geht darum, die Studienanforderungen besser und gezielter zu bewältigen durch gemeinsame Streifzüge

durch die Bibel, die Alten Sprachen, die theologischen „Klassiker“, durch die Philosophie und – last but not least – durch die Universität Heidelberg.

In einem einjährigen Orientierungskurs über zwei Semester hinweg werden unter der Anleitung eines Studienleiters gemeinsame erste Gehversuche in den Alten Sprachen und elementaren theologischen Texten, in Bibelkunde und Philosophie unternommen.

Die Teilnehmer wohnen in dem am Neckar – der Altstadt gegenüber – gelegenen Theologischen Studienhaus. Dort werden Zimmer und Vollverpflegung sowie internationale Atmosphäre geboten. Wer im TSH wohnt, soll pro Semester an zwei Hausveranstaltungen und an den beiden Einführungswochen teilnehmen. Diese **beginnen am Montag, den 2. Oktober 1995.**

Bewerbungsschluß ist der 15. Juni 1995.

Bewerbungen an: Theologisches Studienhaus, z. Hd. Pfarrer H. Zumkehr, Neuenheimer Landstraße 34, 69120 Heidelberg, Telefon 06221/421676.

**OKR 15.3.1995 Praktisch-theologische
AZ 22/1161 Ausbildung**

Die nachgenannten Kandidatinnen/Kandidaten werden mit Wirkung vom 1. April 1995 in das Lehrvikariat der Evangelischen Landeskirche in Baden aufgenommen:

Name:	Geburtsort:
Barié, Renate	Heidelberg
Bayer, Ulrich	Bruchsal
Böcherer, Andrea	Sulzburg
Deichsel, Susanne	Schönau b. Heidelberg
Graf, Armin	Schwenningen
Grafe, Bernd	St. Georgen
Habler, Hans-Martin	Freiburg
Hausberger, Sabine	Karlsruhe
Jeske-Heß, Holger	Köln
Kühlewein, Christian	Heidelberg
Malter, Axel	Neuenbürg
Nuß, Eckhard	Neckarbischofsheim
Pollack, Andreas	Karlsruhe
Roloff, Claudia	Rhede
Schalla, Thomas	Braunschweig
Schnitzler, Volker	Waldkirch
Scholpp, Stefan	Karlsruhe
Sobottke, Ilka	Bad Segeberg
Spieth, Gottfried	Freiburg
Tilgner, Kai-Peter	Weinheim
Ulrichs, Hans-Georg	Collhusen

**OKR 27.3.1995 Aufnahme unter
AZ 22/13 die Pfarrvikarinnen/Pfarrvikare
der Evangelischen Landeskirche
in Baden**

Die nachgenannten Kandidatinnen/Kandidaten werden auf Ihren Antrag mit Wirkung vom 1. April 1995 unter die

Pfarrvikarinnen/Pfarrvikare der Evangelischen Landeskirche in Baden aufgenommen:

Name:	Geburtsort:
Anzinger, Dr. Herbert	Landshut
Boy, Nicole	Mannheim
Hautzinger, Monika	Karlsruhe
Jörger, Hansjörg	Kork
Kaiser, Andrea	Wehr
Kuderer, Gunnar	Basel
Kunick, Alexander	Singen a.H.
Maßholder, Karin	Bruchsal
Mono, Christian	Weinheim
Müller-Albrecht, Hans Martin	Calw
Riehm, Andreas	Freiburg
Stoll, Wolfgang	Heidelberg
Wassmer, Paul	München-Pasing
Winkelmann, Judith	Unna
Wolf-Adam, Christine	Heidelberg

**OKR 8.3.1995 Hebräischsprachkurs 1995
AZ 22/1143**

Der Evangelische Oberkirchenrat bietet 1995 einen Feriensprachkurs Hebräisch an.

Der Kursleiter ist Pfarrer Thomas Dermann, Binzen.

Informationen und Anmeldeunterlagen können angefordert werden bei:

Evangelischer Oberkirchenrat, Theologische Ausbildung und Prüfungsamt, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe.

**OKR 22.3.1995 Errichtung einer
AZ 28/012 landeskirchlichen Pfarrstelle
für die Krankenhauseelsorge bei
der Evangelischen Diakonissen-
anstalt Karlsruhe-Rüppurr**

Bei der Evangelischen Diakonissenanstalt Karlsruhe-Rüppurr wird mit Wirkung vom 1. April 1995 für die Dauer von zunächst 3 Jahren für die Krankenhauseelsorge eine landeskirchliche Pfarrstelle mit einem Teil dienstverhältnis von 0,5 errichtet.

**OKR 11.4.1995 Abenmahl feiern mit Kindern
AZ 32/311**

**Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen
des Evangelischen Oberkirchenrats
zum Beschluß der Landessynode vom 21. 10. 1977*
zur Frage der Teilnahme von Kindern am Abendmahl**

Vom 11. April 1995

1. Erläuterungen

1.1 Die Landessynode hat mit Beschluß vom 21. Oktober 1977 die Zuständigkeit für die Zulassung

* Wiederabdruck dieses Beschlusses am Ende dieses Textes.

von Kindern zum Abendmahl den Ältestenkreisen der Gemeinden übertragen. Dieser Beschluß der Landessynode mußte – auf dem Hintergrund der bis dahin üblichen Abendmahlspraxis – als sehr einschneidend angesehen werden. Deshalb hat der Evangelische Oberkirchenrat im Jahr 1978 Ausführungsbestimmungen zum Synodalbeschluß erlassen, die in ihrem normierenden Charakter darauf abzielten, möglicherweise auftretende Irritationen in den Gemeinden zu begrenzen. Inzwischen haben etliche Gemeinden der Landeskirche bereichernde Erfahrungen mit der Teilnahme von Kindern am Abendmahl gemacht und die Abendmahlszulassung von Kindern als große Chance eines generationsübergreifenden Gemeindeaufbaus entdeckt. Nach den guten Erfahrungen vieler Gemeinden mit der Zulassung von Kindern zum Abendmahl ist es nun an der Zeit, deutlicher die Freiräume zu beschreiben, die der Synodalbeschluß von 1977 Gemeinden, Familien und Kindern eröffnet.

- 1.2 Durch das theologische Nachdenken der letzten Jahre, das zum Beispiel in den ökumenischen Texten von Lima und in verschiedenen Veröffentlichungen der Arnoldshainer Konferenz seinen Ausdruck gefunden hat, sind die Bedeutung der Sakramente und der Wert kirchlicher Symbolhandlungen neu ins Bewußtsein gerufen worden. Die Taufe als Berufung in das Volk Gottes und das Abendmahl als Fest des Volkes Gottes (Eucharistie) sind in den Mittelpunkt theologischen Nachdenkens auf verschiedenen Ebenen kirchlichen Lebens gerückt (zum Beispiel in der gottesdienstlichen Praxis der Gemeinden, im kirchenleitenden Handeln und in der liturgischen Diskussion). Ferner hat die exegetische Erforschung biblischer Texte zur Entdeckung einer ungeahnten Fülle und Vielfalt im Abendmahlsverständnis geführt.
- 1.3 Parallel dazu entwickelt sich eine Sicht der Volkskirche, die als Kirche für alles Volk einladende Kirche sein und gerade auch in ihren Sakramenten einladend wirken will. Dies aber kann die Volkskirche nur, wenn sie alle Getauften an den Tisch des Herrn einlädt. Mit dieser Einladung ist die Volkskirche – wie es ihrem Selbstverständnis entspricht – zugleich missionarische und ökumenische Kirche. Darum liegt in der Zulassung von Kindern zum Abendmahl eine missionarische und ökumenische Chance.
- 1.4 Ältestenkreise und Gemeinden werden darum ermutigt, durch die Zulassung von Kindern zum Abendmahl einen wichtigen Schritt zum Gemeindeaufbau und zur Gestaltwerdung einer einladenden, missionarischen und ökumenischen Volkskirche zu gehen. Die nachfolgenden Ausführungsbestimmungen geben dazu den notwendigen äußeren Rahmen.
- 1.5 Der Beschluß der Landessynode wollte die Teilnahme von Kindern am Abendmahl der Gemeinde

ermöglichen. Er intendierte aber nicht selbständige Abendmahlsfeiern mit Kindern abseits des gemeindlichen Abendmahls-gottesdienstes. Es ist Sache des Ältestenkreises, auf eine einladende Gestaltung des Abendmahls zu achten, so daß teilnehmende Kinder fühlen, daß sie willkommen sind und zur Gemeinde gehören. Es gibt dann keinen Grund, von den für alle geltenden Verfahrensregeln abzuweichen. Wo solches in der Vergangenheit geschehen ist und selbständige Kinderabendmahlsfeiern eingerichtet wurden, ist darüber unter Beachtung dieser Erläuterung des Beschlusses der Landessynode zu beraten.

2. Ausführungsbestimmungen

- 2.1 Obwohl nach neutestamentlichem Befund Vorbedingungen für die Teilnahme am Abendmahl nicht genannt werden und nach ökumenischem Verständnis die Taufe die entscheidende Voraussetzung für die Teilnahme am Abendmahl ist, erfolgt die Zulassung zum Abendmahl in unseren Gemeinden sehr oft erst mit der Konfirmation. Allerdings können Konfirmandinnen und Konfirmanden bereits im Rahmen der Einführung in das Verständnis des Heiligen Abendmahls zur Teilnahme an Mahlfeiern eingeladen werden (vgl. dazu die Regelungen in Lebensordnung und Leitlinien Konfirmation von 1990, Nummer 14). Darüber hinaus darf der Ältestenkreis aufgrund seiner Verantwortung für die Abendmahlspraxis einer Gemeinde auch bereits Kindern die Teilnahme am Abendmahl ermöglichen. Kinder nehmen unter Verantwortung ihrer Eltern und/oder Paten, Konfirmanden/innen unter Verantwortung des Ältestenkreises, Konfirmierte in eigener Verantwortung am Abendmahl teil.
- 2.2 Vor einer Entscheidung im Ältestenkreis über die Zulassung von Kindern zum Abendmahl bedarf es gründlicher und sorgsamer Gespräche in der Gemeindeversammlung und im Gemeindebeirat. Die Entscheidung des Ältestenkreises, Kinder am Abendmahl teilnehmen zu lassen, muß der Gemeinde bekannt und verständlich gemacht werden. Dies kann geschehen in der gottesdienstlichen Verkündigung, in Gemeindeguppen, in Seminaren, in Einzelgesprächen und durch Veröffentlichung im Gemeindebrief.
- 2.3 Genauso wie Konfirmanden/innen und Erwachsene bedürfen auch Kinder, die zum Abendmahl eingeladen werden, einer angemessenen Begleitung, d. h. ihnen muß ein ihrem Alter angemessener Zugang zum Abendmahl ermöglicht werden. Solche Begleitung kann im Kindergarten und in der Schule, im Kindergottesdienst und bei Kinderbibelwochen und/oder in der Kinder- und Jugendarbeit erfolgen, wobei religionspädagogisch arbeitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Arbeitsfelder daran beteiligt werden sollen.

Einen besonderen Stellenwert aber hat die vorbereitende Begleitung durch Eltern, andere Familienangehörige und Paten, die selbst am Abendmahl teilnehmen. Eltern und Paten sind auf die Einladung der Kinder zum Abendmahl anzusprechen, vorzubereiten und daran zu beteiligen. Dies kann geschehen bei Taufgesprächen, bei der Vorbereitung von Taufen und Taferinnerungsfesten sowie im Rahmen der Elternarbeit.

Bei alledem ist zu bedenken: Kinder werden den Reichtum des Abendmahls vor allem im gemeinsamen Feiern erfahren.

2.4 Die **Gestaltung von Gottesdiensten**, bei denen Kinder zum Abendmahl eingeladen werden, bedarf besonderer Aufmerksamkeit:

- a) die Ordnung eines solchen Gottesdienstes muß einfach und durchschaubar sein,
- b) für die Wortverkündigung bieten sich erzählende biblische Texte, eine für Kinder verständliche Form der Predigt und die Verwendung anschaulicher Bilder und Symbole an,
- c) die Einsetzungsworte dürfen zwar nicht verändert, können aber in erzählende Zusammenhänge eingeordnet werden, damit sie sich dem Verständnis der Kinder allmählich erschließen,
- d) als Spendeformeln sollten aus dem Angebot der Agende solche gewählt werden, die für Kinder leicht nachvollziehbar sind,
- e) in den Gebeten, Liedern und Gesängen finden Lobpreis und Danksagung elementaren Ausdruck,
- f) bei der Austeilung der Abendmahls-elemente dürfen keine Unterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern gemacht werden.

Regelmäßig gefeierte Gottesdienste mit Abendmahl, zu denen Kinder und Erwachsene gemeinsam eingeladen werden, bieten die besondere Chance eines generationsübergreifenden gottesdienstlichen Feierns der Gemeinde.

2.5 Die **Anmeldung von Kindern** vor dem ersten Abendmahlsgang geschieht durch eine Kontaktaufnahme der das Kind begleitenden Person mit dem Gemeindepfarrer / der Gemeindepfarrerin. Ist eine Vorbereitung innerhalb der unter 2.2 genannten Arbeitsfelder der Gemeinde erfolgt, so entfällt eine gesonderte Anmeldung vor dem ersten Abendmahlsgang. Ist die Vorbereitung eines Kindes in der Heimatgemeinde erfolgt, soll bei einer beabsichtigten Abendmahlsteilnahme außerhalb der Heimatgemeinde der zuständige Pfarrer / die zuständige Pfarrerin vor dem Gottesdienst informiert werden.

3. Anmerkungen

- 3.1 Beim Evangelischen Oberkirchenrat kann eine Arbeitshilfe „Abendmahl feiern mit Kindern“ bezogen werden.
- 3.2 Auch bei Gottesdiensten mit Abendmahl, zu denen Kinder zugelassen sind, gelten selbstverständlich die üblichen Regeln der Sakramentsspendung (Berufung in das Predigtamt).
- 3.3 Hinweis zur Gestaltung von Konfirmationsgottesdiensten: Hat ein Ältestenkreis Kindern die Teilnahme am Abendmahl ermöglicht oder haben Konfirmandinnen und Konfirmanden im Rahmen ihrer Konfirmandenzeit an Abendmahlsfeiern teilgenommen, so sollte im Konfirmationsgottesdienst – etwa bei der Formulierung des Wortes des Ältestenkreises – der Eindruck vermieden werden, als würde die Zulassung zum Abendmahl erst mit der Konfirmation erfolgen.
- 3.4 Die früheren „Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen des Evang. Oberkirchenrats zum Beschluß der Landessynode vom 21.10.1977 zur Frage der Teilnahme von Kindern am Abendmahl“ (GVBl. 1978, S. 12) werden hiermit aufgehoben.

Beschluß der Landessynode zur Frage der Teilnahme von Kindern am Abendmahl

Vom 21. Oktober 1977

Die Frage der Teilnahme von Kindern am Heiligen Abendmahl stellt sich immer wieder. Es scheint im gegenwärtigen Zeitpunkt angebracht, noch keine endgültige Regelung zu treffen, wohl aber den Gemeinden nochmals Hilfe zu rechter Entscheidung zu geben. In Fortführung der Regelung, die die Landessynode 1973 getroffen hat, wird deshalb festgelegt:

1. Voraussetzung für die erste Teilnahme Getaufter am Abendmahl in der Gemeinde ist unabhängig vom Lebensalter eine angemessene Vorbereitung und Einweisung.
2. Die Vorbereitung geschieht normalerweise im Rahmen des Konfirmandenunterrichts.
3. Die Teilnahme am Abendmahl in persönlicher Verantwortung und Entscheidung wird durch die öffentliche *admissio* im Konfirmationsgottesdienst eröffnet. Im gleichen Zusammenhang wird die Patenfähigkeit zuerkannt.
4. Mit Genehmigung des Ältestenkreises können Konfirmanden auch bereits im Verlauf des Konfirmandenunterrichts die Erlaubnis erhalten, am Heiligen Abendmahl teilzunehmen.
5. Mit Genehmigung des Ältestenkreises können Kinder im früheren Alter, etwa ab Grundschulalter,

nach angemessener Vorbereitung am Heiligen Abendmahl teilnehmen. Beim ersten Abendmahlsgang sollen sie von verantwortlichen Bezugspersonen begleitet werden. Vor diesem ersten Abendmahlsgang muß eine Anmeldung beim Gemeindepfarrer erfolgen. Beim Abendmahlsgang eines Kindes außerhalb der Ortsgemeinde ist ebenfalls eine vorherige Anmeldung beim zuständigen Pfarrer nötig.

6. Die Vorbereitung zur Teilnahme von Kindern am Abendmahl kann in der Familie, in Kursen oder Gruppen erfolgen. Der Gemeindepfarrer ist für eine angemessene Vorbereitung verantwortlich.

Der Evangelische Oberkirchenrat wird gebeten, diese Vorschläge in geeigneter Form und versehen mit den nötigen Ausführungsbestimmungen an die Pfarrämter und Ältestenkreise weiterzugeben.

OKR 20. 4. 1995 **Predigttext für Sonntag,**
AZ 71/21 **Kirchentagssonntag, 18. Juni 1995**

Beim Schlußgottesdienst des 26. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hamburg wird der Predigttext Matthäus 5, 3-10 sein. Der Evangelische Oberkirchenrat bittet die Pfarrfrauen/Pfarrer der Landeskirche, am 18. Juni 1995 statt des vorgeschriebenen Textes den Abschnitt aus Matthäus 5, 3-10 der Predigt zugrunde zu legen. Durch den gemeinsamen Predigttext kann die Verbundenheit zwischen den Ortsgemeinden und der in Hamburg versammelten Kirchentagsgemeinde zum Ausdruck kommen.

OKR 4. 5. 1995 **Sammlung der Diakonie**
AZ 81/471

Die Sammlung der Diakonie („Opferwoche“) findet in der Zeit vom 25. Juni bis 2. Juli 1995 statt, und zwar als:

Haussammlung und Straßensammlung vom 25. Juni bis 2. Juli 1995.

Die Sammlung wurde vom Regierungspräsidium Tübingen mit Bescheid vom 26. September 1994 unter der Nummer 64-4/002-21 als öffentliche Sammlung erlaubt. Die Verfahrensvorschriften werden den Kirchengemeinden gesondert mitgeteilt.

Die Sammlung der Diakonie ist vom Evangelischen Oberkirchenrat angeordnet. Alle Kirchengemeinden sind verpflichtet, die Sammlung durchzuführen.

Die Sammlung steht unter dem **Leitwort:**

„Diakonie ... öffnet zum Leben“.

Die Spenden sollen dazu beitragen, psychisch kranken Menschen zu helfen und sie zu begleiten. Dafür gibt es zum Beispiel Kontaktclubs, Angehörigengruppen und Tagesstätten, aber auch Beschäftigungsprojekte, in denen psychisch Kranke Aufnahme und sinnvolle

Arbeit finden. Mit Hilfe der Gaben und Spenden sollen auch junge Menschen gefördert werden. Beschäftigungsinitiativen sorgen dafür, daß sie handwerkliche Ausbildung erfahren. Auch werden mit Hilfe von Opferwochemitteln Maßnahmen für Behinderte in Gemeinden gefördert und Ferientaufenthalte und Freizeiten unterstützt. Außerdem stehen Aussiedlern, Asylanten und Flüchtlingen die Hilfeangebote der Diakonie zur Verfügung. Schließlich werden dringende Baumaßnahmen diakonischer Einrichtungen, zum Beispiel der Altenhilfe, mit Finanzhilfen bedacht (Diakoniefonds).

Damit diese wichtigen Dienste getan werden können, werden die Gemeinden um Unterstützung der Sammlung herzlich gebeten. Die Gemeindepfarrer werden gebeten, das Wort des Landesbischofs im Gottesdienst bekanntzugeben. Informationen zu den Sammlungsschwerpunkten und das Werbematerial werden den Kirchengemeinden zusammen mit den Abrechnungsunterlagen zugesandt.

Bei der Abrechnung ist folgendes Verfahren zu beachten:

1. Bei der Haus-, Straßen- und Firmensammlung können vom Gesamtergebnis bis zu 15 Prozent von der Kirchengemeinde für diakonische Aufgaben der Gemeinde einbehalten werden. Der Restbetrag wird unmittelbar nach der Sammlung, spätestens jedoch am 25. August 1995, unter Beifügung einer genauen Aufstellung an das Dekanat bzw. Rechnungsamt überwiesen.
2. Von diesem Ergebnis können die Kirchenbezirke bis zu 5 Prozent einbehalten und für die von den Diakonischen Werken der Kirchenbezirke wahrgenommenen zusätzlichen diakonischen Aufgaben verwenden. Soweit Diakonieverbände die Finanzmittel der Diakonischen Werke zentral und ausschließlich verwalten, sind die Kirchenbezirke für die entsprechende Abführung des Betrags verantwortlich.
3. Um die Kirchenbezirke an Mehreinnahmen zu beteiligen, die im Vergleich des Durchschnittsergebnisses der Jahre 1988 bis 1990 erreicht wurden, erhalten diese zusätzlich vom Mehraufkommen einen Anteil nach folgender Zuordnung:

Kirchenbezirke Gruppe A:

durchschnittliches Spendenaufkommen pro evangelisches Kirchenmitglied unter DM 0,90: 60 Prozent des Mehraufkommens;

Kirchenbezirke Gruppe B:

durchschnittliches Spendenaufkommen pro evangelisches Kirchenmitglied DM 0,90 bis DM 1,10: 70 Prozent des Mehraufkommens;

Kirchenbezirke Gruppe C:

durchschnittliches Spendenaufkommen pro evangelisches Kirchenmitglied über DM 1,10: 80 Prozent des Mehraufkommens.

4. Die Restsumme haben die Dekanate bzw. Rechnungsämtler bis zum 22. September 1995 an die Landeskirchenkasse abzuführen. Abrechnungsformulare, die eine Aufschlüsselung der einzelnen Gemeindeergebnisse und die Berechnung des zusätzlichen Eigenanteils nach Ziff. 3 ermöglichen, werden vom Diakonischen Werk zugesandt.

LB 4.5.1995
AZ 81/471

**Wort des Landesbischofs zur
Opferwoche der Diakonie 1995**

Wer in gesicherten Lebensverhältnissen lebt, hat viel Grund, dankbar zu sein.

Wer dankbar ist, bleibt nicht gedankenlos gegenüber jenen, die – manchmal ganz nahe bei uns – auf der Schattenseite des Lebens stehen. Wir dürfen uns nicht täuschen! In zunehmendem Maße erfahren Menschen Not, die sie an den Rand der Verzweiflung bringen kann, mitten im allgemeinen Wohlstand unserer Tage. Materielle Sorgen und Krankheit, seelisches Leiden, das Zerbrechen von Beziehungen in den Familien und viel Einsamkeit können die Folge sein.

„Diakonie ... öffnet zum Leben.“ Das ist ein schönes Leitwort für die diesjährige Opferwoche unserer Diakonie. Es gibt so viel verschlossenes, eingesperrtes Leben. Aber es können sich Zugänge und Wege öffnen. Das passiert, wenn handfest geholfen wird. Beispielsweise erhalten junge Arbeitslose und psychisch kranke Menschen Lebenshilfen. Behinderte und Nichtbehinderte treffen sich mit ihren Familien, und diese Begegnungen bereichern alle. Aussiedler und Asylanten erfahren Beratung und Annahme bei uns.

Für sie alle und für viele andere, denen das Wasser bis zum Halse steht, ist die Diakonie da. Mit Ihren Opfergaben und Spenden können notwendige Hilfen in Gang gesetzt werden.

Ich bitte Sie herzlich, unser Diakonisches Werk bei dieser Aufgabe nach Kräften zu unterstützen!

Ihr
Dr. Klaus Engelhardt
Landesbischof

Stellenausschreibungen

I. Gemeindepfarrstellen Erstmalige Ausschreibungen

Heidelberg, Boxberg-Gemeinde (Kirchenbezirk Heidelberg)

Nach dem Weggang unseres Pfarrers ist die Pfarrstelle Heidelberg-Boxberg vakant.

Zur evangelischen Gemeinde gehören 1.800 Mitglieder. Das Gemeindezentrum mit Kindergarten in der Wald-

parksiedlung wurde 1968 eingeweiht. Dazu gehört ein geräumiges und ruhig gelegenes Pfarrhaus.

Im Stadtteil befinden sich auch die katholische Gemeinde mit Kirche (St. Paul), eine Grund- und Hauptschule und ein Altenzentrum der Arbeiterwohlfahrt. Im Gemeindeleben gibt es einen guten engagierten Kreis haupt- und nebenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einige selbständig arbeitende Gemeindeglieder. Die Gemeinde hat sich einen Arbeitsschwerpunkt gesetzt: „Kinder, Jugendliche und ihre Eltern“, an dem wir gerne weiterarbeiten würden.

Mit der Pfarrstelle sind 8 Wochenstunden Religionsunterricht verbunden.

Wir wünschen uns eine Pfarrerin / einen Pfarrer, die/der ausgeschlossen ist für unsere Gemeinde mit einem breiten sozialen Spektrum.

Fragen beantwortet gern die Vorsitzende des Ältestenkreises Frau Christa Ebert, Telefon 06221/381325 ab 18.00 Uhr, oder über Diensttelefon 07261/1845, sowie das zuständige Dekanat.

Heidelberg-Handschuhsheim, Südgemeinde (Kirchenbezirk Heidelberg)

In der selbständigen Kirchengemeinde Heidelberg-Handschuhsheim wird die Pfarrstelle der Südpfarrei zum 1. Oktober 1995 frei. Sie ist baldmöglichst neu zu besetzen. Der derzeitige Stelleninhaber wird nach 6jähriger Tätigkeit in eine landeskirchliche Stelle berufen.

Die Kirchengemeinde Handschuhsheim mit rund 7.300 Gemeindegliedern hat 3 Pfarreien und eine gemeinsame Predigtstätte, die Friedenskirche. Sie ist Trägerin dreier Kindergärten und einer Diakoniestation. Jede Pfarrei hat ihren eigenen Seelsorgebereich. Gemeindeglieder und Gruppen sollen weiter in funktionaler Arbeitsteilung betreut werden, wie bisher in guter Zusammenarbeit mit der Pfarrerin der West- und dem Pfarrer der Nordpfarrei. Für die Kirchenmusik ist ein Kantor hauptamtlich tätig.

Die Südpfarrei zählt 2.800 Gemeindeglieder. Vom Stelleninhaber sind 6 Wochenstunden Religionsunterricht an der Grund- und Hauptschule zu erteilen. Eine Pfarramtssekretärin (20 Wochenstunden) ist von der Gemeinde angestellt. Das Pfarrhaus Handschuhsheimer Landstraße 52 wird frei (7 Zimmer, Diensträume zusätzlich).

Die Kirchengemeinde wünscht sich eine Pfarrerin / einen Pfarrer, die/der Freude daran hat, in einer lebendigen und aufgeschlossenen Gemeinde zu arbeiten und die/der offen ist für den Themenkreis des konziliaren Prozesses.

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Frau Ingrid Häsemeyer, Telefon 06221/472871, sowie das zuständige Dekanat.

Meersburg am Bodensee

(Kirchenbezirk Überlingen-Stockach)

Unser Pfarrer übernimmt nach 20jähriger Tätigkeit in Meersburg zum 1. September 1995 eine Dekansaufgabe. Deshalb ist die Pfarrstelle Meersburg neu zu besetzen.

Meersburg ist ein altes, reizvolles Städtchen am Bodensee. Eine reiche Geschichte und viele interessante Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen prägen das Bild und das Geschehen der Droste-Stadt. Kultur und Tourismus beeinflussen auch den Jahreslauf der Kirchengemeinde.

Was Sie erwartet:

- Eine selbständige Kirchengemeinde mit derzeit ca. 3.000 evangelischen Gemeindegliedern (inclusiv Nebenwohnsitze) in den politischen Gemeinden Meersburg, Hagnau, Daisendorf und Stetten (bei einer Gesamteinwohnerzahl von ca. 9.000).
- Kommunale Kindergärten in den vier politischen Gemeinden. Grund- und Hauptschule und ein Gymnasium in Meersburg. Sämtliche weiteren Schularten sind gut erreichbar in der näheren Umgebung.
- Das geräumige Pfarrhaus (Baujahr 1927) mit unverbaubarer See- und Alpensicht liegt am Stadtrand inmitten eines großen Gartengeländes. Das Pfarrhaus ist in einem guten Zustand.

Das neu ausgebaute und modern eingerichtete Pfarrbüro befindet sich im Untergeschoß, das Amts- und Besucherzimmer im EG, die Pfarrwohnung im EG, im 1. OG und „unterm Dach“.
- Die barocke Schloßkirche, als Hofkapelle der Fürstbischöfe von Konstanz-Meersburg 1741 erbaut, ist seit 1864 evangelische Gemeindekirche. Mitten in der Altstadt gelegen, ist die Kirche im Sommerhalbjahr ganztags für Besucher geöffnet.
- Modern und schlicht gibt sich die Kirche im 4 km entfernten Winzer- und Fischerdorf Hagnau. Hier ist sonntäglich Gottesdienst – im Anschluß an Meersburg. In den katholischen Kapellen von Stetten und Daisendorf werden an besonderen Festtagen evangelische Gottesdienste gefeiert.
- Der monatliche Kindergottesdienst (Meersburg) wird von einem Mitarbeiterkreis selbständig vorbereitet und gestaltet.
- Die vielfältigen kirchenmusikalischen Aktivitäten werden von einem Team von Nebenberuflichen und Gästen getragen.
- Das 1981 erbaute Gemeindehaus (Martin-Luther-Haus) liegt zentral, unweit der Altstadt. Viele Gruppen und Kreise treffen sich dort „unter dem Kreuz“.
- Die Bibelgalerie Meersburg im Alten Kloster von Meersburg ist eine selbständige Einrichtung der Kirchengemeinde (seit 1988 schon über 100.000 Be-

sucher). Sie ist überregional ein wichtiger Ort geworden, um Menschen aller Generationen das Wort Gottes zu erschließen. Leiterin ist eine hauptamtlich eingesetzte Religionspädagogin.

- Hauptamtlich arbeiten eine Gemeinédiakonin (Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit) und eine Pfarramtssekretärin (halbtags) mit dem Pfarrer zusammen.
- Ein ansehnlicher Kreis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern trägt die vielfältigen Aktivitäten der Gemeinde. Projektarbeit wird gut angenommen.
- Die Kirchengemeinde ist dem Rechnungsamt Singen angeschlossen.
- Ein gutes Verhältnis besteht zu den zwei katholischen Gemeinden, zu den politischen Gemeinden und zur Stadtmission.
- 2 Sozialstationen (katholische Trägerschaft) und ein kommunales Alten- und Pflegeheim betreuen kranke und alte Menschen. Evangelische und katholische Gemeinde tragen zusammen einen Krankenpflegeförderverein.

Die Evangelische Gemeinde ist außerdem Trägerkreismitglied der Telefonseelsorge Bodensee-Schwarzwald e.V.
- Auffallend ist der hohe Anteil an Kasualien (Taufen und Trauungen).
- Religionsunterricht: 6 Wochenstunden.

Was wir uns wünschen / was wir von Ihnen erwarten:

- Wir erwarten und freuen uns, daß Sie das Evangelium überzeugend, lebendig und verständlich verkündigen und dabei auch offen sind für neue Gottesdienstformen, die alle ansprechen.
- Wir wünschen uns, daß es Ihnen gelingt, alle Generationen (auch durch neue Aktivitäten) in die Gemeindegarbeit einzubinden.
- Wir würden uns freuen, wenn Ihnen die seelsorgerliche Tätigkeit ein wichtiges Anliegen ist und Sie bereit sind, mit einem künftigen Besuchsdienstkreis in Meersburg kooperativ zusammenzuarbeiten.
- Wir wünschen uns, daß Sie gerne im Team arbeiten, ausgleichend wirken können und zugleich Organisationstalent und verwaltungstechnisches Geschick haben. Schön wäre, wenn Sie offen, kontaktfreudig und gesprächsbereit sind.
- Sehr wichtig ist uns, daß Sie ein offenes Herz für die Arbeit der Bibelgalerie Meersburg haben.

Wenn Sie sich vorstellen können, diese vielfältigen und widersprüchlichen Wünsche und Erwartungen mit uns zusammen zu verwirklichen, freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Rufen Sie an!

- Kirchengemeinderat Meersburg: Frau Irmgard Sigel, stellvertretende Vorsitzende, Telefon 07532/9171, alternativ Herr Kirchengemeinderat Bernd Nörtemann, Telefon 07551/4056,
- Evangelisches Dekanat Salem, Doris Fuchs, Dekanin, Telefon 07553/280.

Die Bewerbungen für die erstmaligen Ausschreibungen sind – unter gleichzeitiger Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat – innerhalb von 5 Wochen, d.h. bis spätestens

5. Juli 1995

schriftlich an den Evangelischen Oberkirchenrat, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe, zu richten.

II. Gemeindepfarrstellen Nochmalige Ausschreibungen

Baden-Baden, Lukasgemeinde (Kirchenbezirk Baden-Baden)

Die Pfarrstelle der Lukasgemeinde Baden-Baden ist seit der Verabschiedung unseres Pfarrers in den Ruhestand im Oktober 1993 vakant. Die Lukasgemeinde umfaßt örtlich die südöstliche Hälfte der Innenstadt und dehnt sich auf beiden Seiten des Oostals aus: Geschäftsstraßen und Handwerksbetriebe, Wohnhäuser, Villenviertel, Teile des Kurgebietes mit Parkanlagen und Hotels und der Südwestfunk als größter Arbeitgeber der Stadt. Es gibt wenige alteingesessene evangelische Gemeindeglieder. Die Fluktuation ist ziemlich groß, was zwar einerseits eine kontinuierliche Arbeit erschwert, andererseits aber immer wieder neue Kontaktmöglichkeiten und Impulse eröffnet.

Im Bereich unserer Gemeinde liegen ein 3gruppiger Kindergarten und 2 evangelische Alten- und Pflegeheime sowie auch städtisch und privat geführte Alten- und Pflegeheime. Ein Großteil der Seniorenarbeit fällt in den Aufgabenbereich der Gemeinmediakonin der Lukasgemeinde. Für die Jugendarbeit ist die Gemeinmediakonin der Markusgemeinde verantwortlich. Die Markusgemeinde umfaßt die nordwestliche Hälfte der Innenstadt. Mittelpunkt für beide Gemeinden sind die zentral gelegene Stadtkirche und das nahe gelegene Gemeindezentrum mit Gemeindeamt, Diakonischem Werk, Dekanat und Schuldekanat. Im Gemeindezentrum befinden sich ein großer Gemeindesaal, 2 Konfirmandensäle, Jugendräume und eine Küche.

Das Kirchengemeindeamt mit einem hauptamtlichen Kirchengemeindevorstand übernimmt die Verwaltungsaufgaben.

Zum Bereich der Lukasgemeinde gehört auch der Stadtteil Ebersteinburg mit 380 Gemeindegliedern und der Michaelskapelle. Die Gottesdienste dort finden 14tägig

statt und werden gelegentlich von Lektoren, Prädikanten und Ruhestandspfarrern übernommen. Die Stadtgemeinde hat 2.400 Gemeindeglieder. Der Gottesdienst in der Stadtkirche, der auch von vielen Kurgästen besucht wird, wird abwechselnd von den Pfarrern der Lukas- und Markusgemeinde gehalten.

Die Kirchenmusik liegt in den Händen eines A-Kirchenmusikers, der auch Bezirkskantor ist. Unter seiner Leitung gibt die Kantorei der Stadtkirche zwei Mal im Jahr vielbeachtete Konzerte, und im Sommer finden regelmäßig Orgelkonzerte mit Gastorganisten statt.

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Gemeinden weist ein breites ökumenisches Spektrum auf.

Die Veranstaltungen der Erwachsenenbildung, die Jugend-, Frauen- und Seniorenarbeit werden von der Lukas- und Markusgemeinde gemeinsam durchgeführt. Engagierte und aufgeschlossene Kirchenälteste und Gemeindeglieder sind zur Mitarbeit bereit. Zwischen beiden Gemeinden besteht eine gute Zusammenarbeit. In der Regel finden ihre Sitzungen gemeinsam statt.

Ein schönes, geräumiges Pfarrhaus mit Amtsräumen in ruhiger Wohnlage steht zur Verfügung. Alle Schularten sind in Baden-Baden vorhanden, darunter 3 staatliche und 2 private Gymnasien verschiedenen Schultyps.

Mit der Stelle sind 6 Wochenstunden Religionsunterricht verbunden.

Die Gemeinde wünscht sich eine Pfarrerin / einen Pfarrer, die/der die bewährte Zusammenarbeit der Gemeinde und ihrer beiden Pfarrer fortführt, aber auch Freude daran hat, neue Akzente zu setzen. Predigt, Gottesdienstgestaltung und Seelsorge sollten einen Schwerpunkt der Arbeit bilden. Der Kirchenbezirk erwartet die Bereitschaft, einen Verantwortungsbereich im Kirchenbezirk zu übernehmen.

Die schöne Lage von Baden-Baden, vielfältige kulturelle Angebote und die Begegnung mit interessanten Menschen werden Leben und Arbeit in der Gemeinde bereichern. Der neue Dekan des Kirchenbezirks, Pfarrer Schaupp, wird im Juni 1995 sein Amt in der Markusgemeinde antreten. Bis dahin wird empfohlen, sich mit dem Dekanstellvertreter, Herrn Pfarrer Ploigt, Rastatt, in Verbindung zu setzen.

Königschaffhausen-Leiselheim (Kirchenbezirk Emmendingen)

Die Pfarrstelle Königschaffhausen-Leiselheim ist seit 1. September 1992 frei.

Die Kirchengemeinde Königschaffhausen-Leiselheim liegt am nördlichen Kaiserstuhl, etwa 30 km von Freiburg entfernt. In Königschaffhausen gibt es eine Grundschule, zu den weiterführenden Schulen bestehen gute Busverbindungen.

Zur Pfarrstelle der Kirchengemeinde Königschaffhausen-Leiselheim gehören 1.650 Gemeindeglieder, davon wohnen in Königschaffhausen 900 (1.100 Einwohner), in Leiselheim 300 (350 Einwohner) und im Diasporaort Sasbach 270 (1.500 Einwohner) Gemeindeglieder. Die anderen Gemeindeglieder sind auf die weiteren Diasporaorte Amoltern, Kiechlingsbergen und Jechtingen verteilt. Die Gemeinde ist sehr volksskirchlich geprägt.

Das Pfarrhaus in Königschaffhausen befindet sich in sehr ruhiger Lage, umschlossen von einem großen Garten, und wird während der Vakanzzeit erweitert und von Grund auf renoviert. Wünsche der neuen Pfarrerin / des neuen Pfarrers können noch berücksichtigt werden.

Beide Kirchen in Königschaffhausen und Leiselheim sind in einem baulich sehr guten Zustand und gelten als Kleinode am nördlichen Kaiserstuhl.

In Königschaffhausen wurde 1989 ein für die Gemeindearbeit vorbildliches Gemeindehaus gebaut. Es steht direkt neben der Kirche im Mittelpunkt des Dorfes. Neben einem großen, gemütlichen Versammlungssaal, bietet es auch kleinere Räume für die Gruppenarbeit. In einem separaten Teil hat die Jugend ihre eigenen Räumlichkeiten mit Küche und Toiletten.

In Leiselheim findet die Gemeindearbeit in Räumen des ehemaligen Rathauses statt.

Die Kirchengemeinde ist dem Rechnungsamt Emmendingen angeschlossen.

In Königschaffhausen und in Leiselheim ist sonntäglich Gottesdienst zu halten, in Sasbach ist im Winterhalbjahr einmal monatlich am Samstagabend Gottesdienst in der dortigen katholischen Kirche.

Der Gottesdienstbesuch ist überdurchschnittlich gut. Die örtlichen kulturellen Vereine gestalten regelmäßig die Gottesdienste mit.

Die Kindergottesdienste werden 14tägig in Leiselheim wie in Königschaffhausen von jugendlichen Mitarbeitern und jungen Erwachsenen gehalten. Vorwiegend besteht die Kindergottesdienstarbeit in der Vorbereitung von Familiengottesdiensten, die in der Gemeinde sehr beliebt sind.

Christenlehre wird im Anschluß an den jeweiligen Spätgottesdienst gehalten.

An nebenamtlichen Mitarbeitern stehen dem Pfarrer zur Seite: eine Pfarramtssekretärin mit 10 Wochenstunden, zwei Kirchendiener, zwei Organisten und eine Hausmeisterin für das Gemeindehaus.

Ehrenamtliche Mitarbeiter gibt es in den drei Frauenkreisen, im Männerkreis mit über 35 Männern und vor allem in der Kinder-, Konfirmanden- und Jugendarbeit.

Bisher lag der Schwerpunkt der Gemeindearbeit in den Bereichen Gottesdienst, Kindergottesdienst, Konfirmanden- und Jugendarbeit.

Der Kirchengemeinderat erhofft sich auch von der neuen Pfarrerin / dem neuen Pfarrer eine Offenheit gegenüber den Jugendlichen des Dorfes, wenn sie/er auch die Jugendarbeit nicht im gleichen Umfang wie der Vorgänger fortführen muß, vielmehr soll die neue Pfarrerin / der neue Pfarrer auch eigene Schwerpunkte setzen und persönliche Fähigkeiten einbringen.

Eine kleine AB-Gemeinschaft steht treu zur Gemeinde. In vieler Hinsicht tragend für die Gemeindearbeit ist das ausgezeichnete Verhältnis zu den örtlichen Vereinen wie auch zu der politischen Gemeinde.

Mit der Pfarrstelle sind 8 Wochenstunden Religionsunterricht verbunden.

Das Pfarramt ist mit allen für die Arbeit notwendigen technischen Geräten ausgerüstet.

Der Kirchengemeinderat kann sich sehr gut auch eine Zusammenarbeit mit einem Pfarrerehepaar vorstellen. Die Gemeinde wünscht von der neuen Pfarrstelleninhaberin / dem neuen Pfarrstelleninhaber u.a. daß sie/er:

- einen Schwerpunkt ihrer/seiner Arbeit in der guten und lebensnahen Predigt sieht,
- die bisher aufgebaute Gemeindearbeit weiterführt und dabei neue eigene Akzente setzt,
- gerne Haus- und Krankenbesuche macht,
- die guten Kontakte zur politischen Gemeinde und den örtlichen Vereinen pflegt.

Der zur Zeit in Königschaffhausen-Leiselheim eingesetzte Pfarrvikar bewirbt sich um die Pfarrstelle.

Weitere Auskunft erteilen gerne:

Für Leiselheim: Manfred Umhauer, Telefon 07642/3689.

Für Königschaffhausen: Willibald Klemmer, Telefon 07642/5981,

oder der bisherige Stelleninhaber Ekkehard Hildbrand, Telefon 07642/3203,

und das zuständige Dekanat.

Donaueschingen (Kirchenbezirk Villingen)

Die bisherige Pfarrstelle der Christuskirche Donaueschingen ist wegen der Pensionierung ihres Pfarrers - nach über 25jähriger Tätigkeit in der Gemeinde - zum 1. Juli 1995 neu zu besetzen.

Die Gemeinde Donaueschingen mit den Teilorten Aasen, Grüningen, Hubertshofen, Neudingen, Pfohren, Wolterdingen (eine Predigtstelle) hat derzeit über 5.000 Mit-

glieder - zu viele, um weiterhin von einem Pfarrer alleine betreut zu werden. Der Kirchengemeinderat hat ein Gruppenamt mit einer 2. Pfarrstelle beantragt.

Nach Errichtung einer 2. Pfarrstelle arbeiten die beiden Stelleninhaberinnen / Stelleninhaber in einem neu einzu-richtenden Gruppenamt mit derzeit einer Gemein-
diakonin (Gemeinde- und Jugendarbeit) und einem Gemein-
dediakon (Krankenhausseelsorge) zusammen.

Weitere hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind:

- Ein A-Kirchenmusiker (B-Stelle),
- eine gemeindeerfahrene Pfarramtssekretärin mit 25 Wochenstunden,
- eine Kirchendienerin/Hausmeisterin,
- die Erzieherinnen im Kindergarten.

Die Kirchengemeinde ist dem Rechnungsamt Singen angeschlossen.

Eine schöne helle Kirche läßt als Rundbau vielfältige Möglichkeiten der Gottesdienstgestaltung zu. Ein geräumiges Gemeindehaus gegenüber der Kirche bietet Platz für ein reges Gemeindeleben.

Das Pfarrhaus - eine Jugendstilvilla mit Amtsräumen im Erdgeschoß und großer Wohnung im Obergeschoß - befindet sich in der Nähe der Kirche.

Für die künftige 2. Pfarrstelle soll eine Pfarrwohnung angemietet werden.

Der evangelische Kindergarten mit 3 Gruppen liegt im Stadtzentrum.

Am Gemeindeleben beteiligen sich viele engagierte ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Donaueschingen ist Große Kreisstadt (20.000 Einwohner) im Schwarzwald-Baar-Kreis mit allen Schularten und guter Verkehrsanbindung.

Bei Besetzung der bisherigen Pfarrstelle beträgt das Regeldeputat Religionsunterricht 4 Wochenstunden.

Der Ältestenkreis freut sich auf Ihre Bewerbung.

Auskünfte geben

- das Evangelische Dekanat Villingen, Dekan Martin Treiber, Telefon 07721/54696,
- der Vorsitzende des Ältestenkreises, Wilhelm Majewski, Telefon 0771/3577,
- der derzeitige Stelleninhaber, Pfarrer Walter Gomer, Telefon 0771/2321.

Philippsburg

(Kirchenbezirk Karlsruhe-Land)

Die Stadt Philippsburg mit den Ortsteilen Huttenheim und Rheinsheim liegt am Rhein auf halber Distanz zwischen Karlsruhe und Mannheim und hat etwa 12.000 Einwohner. Sie ist als Bundeswehr- und Kernkraftwerksstandort ein aufstrebendes Unterzentrum.

Grund- und Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule sind am Ort.

Die Kirchengemeinde Philippsburg zählt zur Zeit 2.100 evangelische Gemeindeglieder. Die Christuskirche Philippsburg hat 250 Sitzplätze und liegt zentral in der Stadt. Die Kirche wurde 1936 erbaut und 1986 außen gründlich renoviert.

Das Pfarrhaus mit Garten, 1939 erbaut, wurde in den letzten Jahren modernisiert und bietet eine angenehme Wohnmöglichkeit. Ebenfalls auf dem Kirchengelände befindet sich das 1979/80 erbaute Gemeindehaus. Ein weiteres Gemeindezentrum steht in Rheinsheim.

In Philippsburg ist ein Evangelisches Soldatenheim, das von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS) verwaltet wird. Die Pfarrerin / der Pfarrer ist kraft seines Amtes Mitglied des Kuratoriums.

Gottesdienste finden statt an allen Sonn- und Feiertagen in der Christuskirche in der Kernstadt sowie zweimal im Monat im Gemeindezentrum in Rheinsheim und einmal im Monat im Rathaussaal in Huttenheim.

Folgende Gemeindegruppen bestehen: Mitarbeiterkreis für den Kindergottesdienst, Bibelkreis, Besuchsdienstkreis, Jungschar, Frauenkreis und eine Krabbelgruppe.

Die Pfarrstelleninhaberinnen / der Pfarrstelleninhaber hat 6 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

An nebenberuflichen Mitarbeiterinnen sind angestellt: Eine Pfarramtssekretärin mit 6 Wochenstunden, eine Kirchendienerin, ein Hausmeisterpaar. Ehrenamtliche Mitarbeiter unterstützen die Arbeit in der Kirchengemeinde.

Von der künftigen Pfarrerin / dem Pfarrer wird erhofft, daß die bestehenden Aktivitäten weitergeführt werden, wobei der Ältestenkreis gegenüber neuen Impulsen und Ideen aufgeschlossen ist.

Der derzeit in der Gemeinde tätige Pfarrvikar beabsichtigt, sich auf die Pfarrstelle zu bewerben.

Wegen eventueller Rückfragen wird empfohlen, sich mit dem zuständigen Dekanat in Verbindung zu setzen.

Siegelsbach

(Kirchenbezirk Eppingen-Bad Rappenau)

Der bisherige Stelleninhaber ist am 30. Juni 1994 nach 23jähriger Tätigkeit in der Gemeinde in den Ruhestand gegangen.

Seither ist die Pfarrstelle vakant und zum nächstmöglichen Termin wieder zu besetzen.

Zur Kirchengemeinde Siegelsbach (ca. 700 Evangelische) gehört noch die Filialkirchengemeinde Wollenberg, ein Stadtteil von Bad Rappenau mit ca. 220 Evangelischen. Wollenberg liegt 8 km von Siegelsbach entfernt.

Siegelsbach liegt im Übergangsbereich von Neckarbergland und Kraichgauer Hügelland, nördlich von Bad Rappenau in landschaftlich reizvoller Lage. In Siegelsbach sind noch einige landwirtschaftliche Be-

triebe ansässig, ansonsten findet man hier eine aufstrebende moderne Arbeiterwohngemeinde mit ca. 1.500 Einwohnern. Am Ort sind zwei konfessionelle Kindergärten und die Grundschule. Weiterführende Schulen sind im Kurort Bad Rappenau (4 km) und in Neckarbischofsheim. Das Pfarrhaus, mit einem schönen Pfarrgarten, ist im alten Schloß der Grafen Wiser mit vielen Räumlichkeiten untergebracht. Der Kirchengemeinderat plant z. Z. die Pfarrwohnung im 1. Obergeschoß umzugestalten und will in den bisher ungenutzten Räumlichkeiten im Erdgeschoß Gemeinderäume schaffen. Für eine Mitwirkung bei der Umgestaltung der Pfarrwohnung ist der Kirchengemeinderat offen.

Sonntägliche Gottesdienste sind nacheinander in Siegelsbach und Wollenberg zu halten. Der Kindergottesdienst wird von einem Helferkreis mitgetragen. Kinder- und Jugendkreise sowie Frauen- und Bibelkreise sind vorhanden.

Die kirchenmusikalische Arbeit hat in der Gemeinde Siegelsbach einen besonderen Stellenwert. Neben Kirchenchor und Novizenchor besteht ein Blockflötenkreis und ein Instrumentalkreis.

Die Gemeinde wünscht sich, daß die Arbeit mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Zukunft weiter ausgebaut werden soll.

Das Verhältnis zur politischen Gemeinde ist sehr gut. Ebenso besteht zur katholischen Pfarrgemeinde ein gutes Verhältnis.

Die Pfarrerin bzw. der Pfarrer hat 8 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Der Kirchengemeinderat ist gern bereit, die neue Pfarrerin bzw. den neuen Pfarrer bei der Gemeindearbeit zu unterstützen.

Für nähere Auskünfte steht Ihnen der Kirchengemeinderatsvorsitzende Herr Reinhard Koos, Telefon 07264/5382, sowie das zuständige Dekanat zur Verfügung.

Die Bewerbungen für die nochmaligen Ausschreibungen sind - unter gleichzeitiger Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat - innerhalb von 3 Wochen, d.h. bis spätestens

21. Juni 1995

schriftlich an den Evangelischen Oberkirchenrat, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe, zu richten.

III. Sonstige Stellen

Freiburg, Evangelische Fachhochschule für Sozialwesen, Religionspädagogik und Gemeindediakonie

Zum 1. September 1995 ist eine

Professur

nach C 3 für Evangelische Theologie

zu besetzen.

Der Bewerber / die Bewerberin hat die Bereiche **Schulische Religionspädagogik** (3/4 des Gesamtdeputats) und **Altes Testament** zu vertreten.

Die Bereitschaft zur Übernahme anderer Lehrveranstaltungen wird vorausgesetzt.

Voraussetzungen für eine Berufung sind insbesondere:

- abgeschlossenes Studium der Evangelischen Theologie,
- Promotion,
- eine mindestens fünfjährige einschlägige Berufserfahrung (sh. § 46, I Ziff. 4 Fachhochschulgesetz), vor allem auch im schulischen Religionsunterricht,
- Erfahrungen in Hochschuldidaktik und/oder Erwachsenenbildung,
- Mitgliedschaft in einer Gliedkirche der EKD.

Die Fachhochschule weiß sich der Frauenförderung verpflichtet und fordert daher insbesondere Frauen zur Bewerbung auf.

Die Berufung erfolgt zum/zur Fachhochschullehrer/-lehrerin durch den Evangelischen Oberkirchenrat und Ernennung zum/zur Professor/in durch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg.

Ausschreibungsunterlagen sind bei der Fachhochschule anzufordern.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen und der Angabe von Referenzen bis zum

10. Juni 1995

an den Rektor der Evangelischen Fachhochschule, Bugginger Straße 38, 79114 Freiburg zu richten.

Gaienhofen, Evangelische Internatsschule Schloß Gaienhofen

Die Evangelische Internatsschule Schloß Gaienhofen sucht zum 1. September 1995 oder später

einen/eine Internatsleiter(in) und Schulpfarrer(in).

Das Internat Schloß Gaienhofen liegt unmittelbar am Bodensee in sehr reizvoller Landschaft in direkter Nähe zur Schweiz. Das Ambrosius-Blarer-Gymnasium besuchen 540 Schülerinnen und Schüler, von denen 120 in sechs Häusern des Internats wohnen, die dort von Erzieherpaaren in familienähnlichen Gruppen betreut werden.

Es wird eine evangelische Persönlichkeit gesucht, die sich durch Führungsstärke, Teamgeist und besonderes Engagement für pädagogische und konzeptionelle Arbeit mit christlicher Prägung auszeichnet.

Als Internatsleiter(in) tragen Sie die Verantwortung für den Internatsbereich, gestalten das Internatsleben zu-

sammen mit den hauptamtlichen Erzieherhepaaren und haben die Dienstaufsicht über die pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Als Schulpfarrer(in) engagieren Sie sich in besonderem Maße für einen jugendgemäßen Umgang mit Sinnfragen und christlichen Glaubensinhalten in Wochenandachten, Schulgottesdiensten und im Religionsunterricht. Sie begleiten die Schüler und Schülerinnen seelsorgerlich in ihrem „zweiten Zuhause“.

Als Mitglied der Schulleitung nehmen Sie Führungsaufgaben kooperativ wahr und setzen Ihre Fähigkeiten zur Integration bei Jugendlichen und Mitarbeitern ein.

Die Stelle ist mit A 14/15 BBO bewertet. Ein familiengerechtes Haus am Ort steht zur Verfügung.

Interessentinnen und Interessenten an dieser Stelle werden gebeten, dies dem Evangelischen Oberkirchenrat, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe, bis spätestens zum

21. Juni 1995

mitzuteilen. Auskünfte erteilt Herr Oberstudiendirektor Udo Beenken, Hauptstr. 229, 78343 Gaienhofen, Telefon 07735/812-20 oder 609.

Karlsruhe, Amt für Jugendarbeit

Im Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden ist zum 1.10.1995 die Stelle

einer Landesjugendreferentin / eines Landesjugendreferenten

für das Referat „Offene Körperbehindertenarbeit“ mit einer Sozialpädagogin / einem Sozialpädagogen, Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter, Religionspädagogin/Religionspädagogen zu besetzen. Die Besetzung erfolgt für die Dauer von zunächst 6 Jahren.

Die Körperbehindertenarbeit orientiert sich an den Gesamtzielen der evangelischen Jugendarbeit (Einübung von Formen der Glaubensäußerung, Erziehung zur gesellschaftlichen und politischen Verantwortung, Hilfestellung zur sinnvollen Freizeitgestaltung). Dabei steht das partnerschaftliche Zusammenleben von Körperbehinderten und Nichtbehinderten im Mittelpunkt.

Die Aufgaben der Referentin / des Referenten umfassen:

- Jährliche Planung, Organisation, Durchführung und Nachbereitung von intergrativen Freizeiten, dabei besonders Entwicklung von Modellmaßnahmen,
- Initiierung, Aufbau und Beratung von regionalen Gruppen, Förderung der Integration Körperbehinderter vor Ort,
- Gewinnung, Schulung und Praxisanleitung ehrenamtlicher MitarbeiterInnen für Freizeit- und Regionalarbeit,
- Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen.

Geboten werden:

- eine Büroeinheit mit Verwaltungsmitarbeiterin (75%) und Zivildienstleistendem,
- engagierte Ehrenamtliche, die in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich, aber größtenteils eigenverantwortlich arbeiten,
- ein Behindertenfahrzeug, Paddelboote, Rollfiets, Videorecorder und andere Arbeitsmittel
- ein aufgeschlossener Landesarbeitskreis Ehrenamtlicher, der gerne neue Ideen aufgreift.

Von den Bewerberinnen/Bewerbern werden erwartet:

- mehrjährige Berufspraxis,
- Erfahrungen im partnerschaftlichen Umgang mit Menschen mit Behinderung,
- die Fähigkeit, Ehrenamtliche zu gewinnen und zu begleiten,
- Interesse an gesellschaftspolitischen Themen,
- Bereitschaft, sich auf Bewährtes einzulassen, und Mut, Neues mit Ehrenamtlichen zu entwickeln,
- Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen im Amt für Jugendarbeit.

Interessentinnen/Interessenten werden gebeten, sich mit Landesjugendpfarrer Dr. Fischer, Vorholzstraße 7, 76137 Karlsruhe, Telefon 0721/9349-331 in Verbindung zu setzen.

Bewerbungen sind bis zum

21. Juni 1995

an den Evangelischen Oberkirchenrat, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe zu richten.

Mannheim, Leitung des Evangelischen Jugendwerkes (Kirchenbezirk Mannheim)

Der Kirchenbezirk Mannheim umfaßt 43 Pfarrgemeinden von ländlichen und kleinstädtischen über großstädtische Strukturen bis hin zu Gegenden, die zum Slum werden könnten. Wir wünschen uns eine Leiterin / einen Leiter des Evangelischen Jugendwerkes Mannheim, die/der die verschiedenartigen Formen und Konzepte der Jugendarbeit in den Stadtbezirken berät und begleitet.

Leiterin/Leiter des Evangelischen Jugendwerkes kann eine Pfarrerin / ein Pfarrer oder eine andere Bewerberin / ein anderer Bewerber mit gleichwertiger Qualifikation (Hochschulstudium) oder mit langjähriger Erfahrung in der Jugendarbeit und entsprechender Zusatzqualifikation sein.

In Zeiten dramatischer öffentlicher Mittelkürzungen brauchen wir eine Leiterin / einen Leiter des Evangelischen Jugendwerkes Mannheim, die/der energisch

und parteiisch die Kinder- und Jugendarbeit nach innen und außen vertritt.

Wir haben eine gutbesuchte, aktive und selbstbewußte Bezirksvertretung und einen mit Jugendlichen und Erwachsenen paritätisch besetzten Bezirksjugendausschuß. Wir erwarten aktive und kooperative Jugendarbeit in diesen Gremien und in den Gemeinden vor Ort.

Das Evangelische Jugendwerk ist ein „Kleinbetrieb“, der aus Leitern/Leiter, Sekretärin, Schreibkraft, 3 Bezirksjugendreferentinnen und 2 Zivildienstleistenden besteht. Es ist Servicestation und hat Vordenkerfunktion für die Haupt- und Ehrenamtlichen in den Gemeinden. Wir wünschen uns eine Leiterin / einen Leiter, die/der gerne und effektiv organisiert und ein Gespür dafür hat, welche neuen Konzepte nötig sind.

Im Kirchenbezirk Mannheim arbeiten, die evangelischen Jugendarbeiterinnen mit Leiterin/Leiter des Evangelischen Jugendwerks in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen an Konzepten und übergemeindlichen Aktivitäten. Wir erwarten aktive Begleitung und phantasievolle Mitgestaltung im theologischen, organisatorischen und pädagogischen Bereich der gemeinsamen, auch ökumenischen Arbeit.

Wir suchen eine Leiterin / einen Leiter, die/der spezielle Vorbildung für Kinder- und Jugendarbeit hat oder die Bereitschaft, berufsbegleitend damit zu beginnen.

Ideal wäre eine Bewerberin / ein Bewerber, die/der die „klassische Laufbahn“ durchlaufen hat: eigene Erfahrungen in Kinder- und Jugendgruppen, auch die Erfahrungen als Ehrenamtliche/Ehrenamtlicher in dieser Arbeit.

Die Stelle ist ab sofort zu besetzen.

Interessentinnen/Interessenten an dieser Stelle werden gebeten, dies dem Evangelischen Oberkirchenrat, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe, bis spätestens

21. Juni 1995

mitzuteilen.

Dienstnachrichten

Entschließungen des Landesbischofs

Berufen:

Pfarrer Wolfgang Brjanzew in Linkenheim zum Dekan für den Kirchenbezirk Karlsruhe-Land ab 1.6.1995,

Pfarrer Gert E h e m a n n in Meersburg zum Dekan für den Kirchenbezirk Pforzheim-Stadt ab 1. 9. 1995.

Berufen auf Gemeindepfarrstellen:

Pfarrvikarin Jutta Biehl-Herzfeld in Karlsruhe (theologische Mitarbeiterin im Personalreferat des Evangelischen Oberkirchenrats) zur Pfarrerin der Pfarrstelle I des Gruppenpfarramts in Karlsruhe-Rüppurr,

Pfarrvikarin Ruth Boos-Breisacher – bisher beurlaubt – und Pfarrer Theo Breisacher in Pfinztal-Söllingen mit je 1/2 Deputat zur Pfarrerin bzw. zum Pfarrer in Pfinztal-Söllingen,

Pfarrer Wolfgang Brjanzew in Linkenheim zum Pfarrer der Luthergemeinde-Nord in Bruchsal,

Pfarrer Gert E h e m a n n in Meersburg zum Pfarrer der Christusgemeinde in Pforzheim,

Pfarrvikar Markus Schöler in Ubstadt-Weiher zum Pfarrer in Ubstadt-Weiher,

Pfarrvikar Andreas Ströble in Fahrmau zum Pfarrer in Fahrmau,

Pfarrvikar Matthias Uhlig in Hoffenheim zum Pfarrer in Achern.

Berufen auf landeskirchliche Pfarrstellen:

Schuldekan Pfarrer Hans E n d l i c h in Kieselbronn zum hauptamtlichen Religionslehrer als Pfarrer der Landeskirche im Kirchenbezirk Pforzheim-Land,

Pfarrer Dr. theol. Helmut S c h m i d t in Karlsruhe-Rüppurr (Evangelisches Fachseminar) zum Pfarrer der Krankenhauspfarrstelle Diakonieanstalt Karlsruhe-Rüppurr,

Pfarrvikarin Dorothea Wissler (Religionslehrerin im Kirchenbezirk Mannheim) zur hauptamtlichen Religionslehrerin als Pfarrerin der Landeskirche im Kirchenbezirk Mannheim.

Entschließungen des Landeskirchenrats

Beurlaubt auf Antrag:

Akademiedirektor Pfarrer Dr. Michael Nüchtern in Karlsruhe (Evangelische Akademie) zur Übernahme der Stelle des Leiters der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD.

Entschließungen des Oberkirchenrats

Bestätigt:

Die Wahl des Pfarrers Ulrich Müller-Frob in Feldberg zum Bezirksdiakoniepfarrer für den Kirchenbezirk Müllheim.

Eingesetzt:

Pfarrvikar Dr. Herbert Anzinger als Pfarrvikar in Mannheim (Auferstehungsgemeinde),

Pfarrvikarin Nicole Boy als Pfarrvikarin in Müllheim (Pfarrstelle I und II des Gruppenpfarramts),

Pfarrvikar Oliver E l s ä s s e r als Pfarrvikar in Mannheim (Erlösergemeinde),

Pfarrvikarin Monika Hautzinger als Pfarrvikarin in Bretten (Melanchthongemeinde),

Pfarrvikar Hansjörg Jörger als Pfarrvikar in Berg-
hausen,

Pfarrvikarin Telse Jungjohann-Bader als Pfarr-
vikarin in Owingen und im Städtischen Krankenhaus
in Überlingen nach Aufnahme unter die Pfarrvikarinnen
der Evangelischen Landeskirche in Baden,

Pfarrvikarin Andrea Kaiser als Pfarrvikarin im Kirchen-
bezirk Hochrhein mit Schwerpunkt in Waldshut (Pfarr-
stelle I des Gruppenpfarramts) und Albruck,

Pfarrvikar Gunnar Kuderer als Religionslehrer im
Kirchenbezirk Lahr und als Pfarrvikar in Lahr (Pfarrstelle I
an der Stiftskirche),

Pfarrvikar Alexander Kunick als Pfarrvikar im Kirchen-
bezirk Wertheim zur Vakanzmithilfe mit Schwerpunkt in
Wertheim-Wartberg und in Dertingen,

Pfarrvikarin Karin Maßholder als Pfarrvikarin in
Konstanz-Litzelstetten,

Pfarrvikar Christian Mono als Pfarrvikar im Kirchen-
bezirk Eppingen-Bad Rappenau zur Vakanzmithilfe mit
Schwerpunkt in Treschklingen und Babstadt,

Pfarrvikar Hans Martin Müller-Albrecht als Pfarr-
vikar im Kirchenbezirk Pforzheim-Stadt zur Vakanz-
mithilfe mit Schwerpunkt in der Christusgemeinde in
Pforzheim,

Pfarrvikar Andreas Riehm als Pfarrvikar in Weil a.Rh.
(Gemeinde Alt-Weil) und in Rümmlingen,

Pfarrvikar Wolfgang Stoll als Pfarrvikar in Karlsdorf-
Neuthard-Forst,

Pfarrvikar Paul Wassmer als Pfarrvikar in Heidelberg-
Rohrbach (Ost- und Westgemeinde),

Pfarrvikarin Judith Winkelmann als Pfarrvikarin in
den Kirchenbezirk Schopfheim zur Vakanzmithilfe mit
Schwerpunkt in Zell im Wiesental,

Pfarrvikarin Christine Wolf-Adam als Pfarrvikarin in
Bruchsal (Luthergemeinde-Nord).

Es treten in den Ruhestand:

Pfarrer Erich Feßenbecker (Religionslehrer im
Kirchenbezirk Karlsruhe-Land) auf 1.8.1995,

Pfarrer Bernhard Freist in Offenburg (Direktor des
Paul-Gerhardt-Werkes e.V.) auf 1.8.1995,

Pfarrer Reinhard Hausmann in Bettingen auf 1.8.1995,

Dekan Pfarrer Wolfgang Klug in Eberbach (Pfarrstelle
Mitte des Gruppenpfarramts) auf 1.8.1995,

Pfarrer Ludwig Krüger (Religionslehrer im Kirchen-
bezirk Sinsheim) auf 1.8.1995,

Pfarrer Paul-Gerhard Lassahn in Tiengen auf
1.8.1995,

Pfarrer Helmut Münk (Religionslehrer im Kirchen-
bezirk Mannheim) auf 1.8.1995,

Pfarrer Günter Sickmüller in Freiburg (Pfarrstelle I
des Gruppenpfarramts der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde)
auf 1.7.1995,

Pfarrer Friedrich Tappenbeck (Religionslehrer im
Kirchenbezirk Villingen) auf 1.8.1995.

Gestorben:

Pfarrer i.R. August Frick, zuletzt in Neckarburken, am
28.3.1995,

Pfarrer i.R. Alfred Ulrich, zuletzt in Mannheim (Kranken-
hauspfarrstelle II), am 19.2.1995.